

## Jaroslav Kučera

Die Kaderpolitik der Kommunistischen Partei der  
Tschechoslowakei in der zentralen Staatsverwaltung 1945-  
1952

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1096>

Reprint von:

Jaroslav Kučera, Die Kaderpolitik der Kommunistischen Partei der  
Tschechoslowakei in der zentralen Staatsverwaltung 1945-1952, in:  
Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945-1953),  
herausgegeben von Michael Lemke, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische  
Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung  
Potsdam. Band 13), S. 305-341

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung  
Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor  
für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur  
vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g.  
Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <[redaktion@zeitgeschichte-digital.de](mailto:redaktion@zeitgeschichte-digital.de)>



Zitationshinweis:

Jaroslav Kučera (1999), Die Kaderpolitik der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in der zentralen Staatsverwaltung 1945-1952, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,  
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1096>

Ursprünglich erschienen als: Jaroslav Kučera, Die Kaderpolitik der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in der zentralen Staatsverwaltung 1945-1952, in: Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945-1953), herausgegeben von Michael Lemke, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 13), S. 305-341

# Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für  
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 13

Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen  
der DDR-Geschichte, Band 2

Michael Lemke (Hg.)

# Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953)



1999

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

ZZF 9862 (HB, ZZF)

Zentrum für  
Zeithistorische Forschung e.V.  
Am Kanal 4/4a  
D - 14467 Potsdam

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Sowjetisierung und Eigenständigkeit**  
**in der SBZ/DDR (1945–1953)** / Michael Lemke (Hg.). –  
Köln ; Weimar ; Wien : Böhlau, 1999  
(Zeithistorische Studien ; Bd. 13 : Herrschaftsstrukturen  
und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte ; Bd. 2)  
ISBN 3-412-13698-0

© 1999 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln  
Alle Rechte vorbehalten  
Umschlagabbildung: 2. Jahrestag der Gesellschaft zum Studium  
der Kultur der Sowjetunion (© Bundesarchiv Berlin)  
Druck und Bindung: Druckhaus „Thomas Müntzer“ GmbH, Bad Langensalza  
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier  
Printed in Germany  
ISBN 3-412-13698-0

# Inhalt

MICHAEL LEMKE

Einleitung .....	11
1. Sowjetisierung als Begriff und Forschungsproblem .....	11
a) Begrifflichkeit und Periodisierung .....	11
b) Zu Forschungsproblemen .....	16
2. Sowjetisierungsfelder in der SBZ/DDR .....	20
3. Möglichkeiten, Probleme und Themen eines Sowjetisierungsvergleichs .....	23
4. Die einzelnen Beiträge .....	25

LEONID J. GIBIANSKIJ

Sowjetisierung Osteuropas – Charakter und Typologie .....	31
1. Einleitung .....	31
2. Grundlegende Faktoren der Sowjetisierung .....	32
3. Beginn der Sowjetisierung: Die Ausgangspositionen der kommunistischen Parteien, die Rolle der Sowjetunion und die Entstehung der „Volksdemokratien“ .....	36
a) Der Typ Jugoslawien und Albanien .....	36
b) Der Typ Rumänien, Ungarn und Polen .....	37
c) Der Typ ČSR und Bulgarien .....	42
4. Modelle der „Volksdemokratie“: Das kommunistische Machtmonopol und die beschleunigte Sowjetisierung in Jugoslawien und Albanien .....	43
5. Modelle der Volksdemokratie: Zwei Koalitionsvarianten und die Perspektive einer verzögerten Sowjetisierung .....	50
a) Der Typ ČSR und Ungarn .....	50
b) Der Typ Polen, Rumänien und Bulgarien .....	51
6. Die Durchführung der verzögerten Sowjetisierung: Ihre Richtungen, Methoden und Mechanismen .....	58
a) Die Erweiterung der Massenbasis und Taktiken zur Verschleierung der kommunistischen Hegemonie .....	58

b) Repressive Maßnahmen, Verstaatlichungen und Wahlfarcen .....	63
c) Die gewaltsame Ausschaltung der Opposition und Terror als „Wahlkorrektiv“ .....	66
d) Machtübernahme: Das Beispiel ČSR .....	68
e) Die Einverleibung der linken Bündnisparteien und die Metamorphose der Volksfronten .....	71
f) Der organisatorische Anschluß sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien an die kommunistischen Parteien .....	72
g) Fazit: Vereinheitlichung nach sowjetischem Muster .....	76
7. Die sowjetische Politik und die osteuropäischen Kommunisten – Resümee .....	76

ANDREAS MALYCHA

Die Illusion der Einheit – Kommunisten und Sozialdemokraten in den Landesvorständen der SED 1946–1951 .....	81
1. Problemstellung .....	81
2. Verordnete Rücksichtnahmen und Konfliktvermeidung 1945–1946 .....	83
3. Diskussionen über die Besatzungsmacht in den Landesvorständen der SED 1946–1947 .....	85
a) Das Image als „Russenpartei“ .....	86
b) Der Streit um die Wahlergebnisse und anhaltende Imagesorgen .....	93
c) Debatten um die Ernährungsfrage .....	98
4. „Sozialdemokratismus“ als Hilfsmittel der Gleichschaltung der Partei 1947–1951 ....	104
a) Das Ende der Rücksichtnahmen: Kampfansage an die „Schumacherideologie“ ....	105
b) Die „Sozialdemokratismus“-Kampagne .....	110

THOMAS KLEIN

Die Parteikontrolle in der SED als Instrument der Stalinisierung .....	119
1. Vorbemerkung .....	119
2. KPD und SPD im Nachkriegs-Ostdeutschland .....	120
a) Die KPD .....	120
b) Die SPD .....	123
2. Organisatorische und politische Ausgangsbedingungen für die neue Einheitspartei .....	124
3. Sowjetische Einflußnahme auf die sicherheitspolitische Konzeption der KPD in Ostdeutschland .....	126
4. SED-Parteikontrolltätigkeit in den vierziger Jahren .....	127
5. Die Verfolgung von Sozialdemokraten in der SED bis 1948 .....	130
6. Linke Widerstandspraxis und die Verfolgung dissidenter Kommunisten .....	140
a) KPO in der SED .....	142
b) Internationale Kommunisten Deutschlands: Trotzistische Opposition in der Ostzone .....	145

c) Von der KAP zur Gruppe „Neues Beginnen“: Der Versuch einer Vereinigten Opposition .....	146
7. Das Scheitern innerparteilicher widerständiger Strömungen in der SED vor und während ihrer Formung zur „Partei Neuen Typs“ .....	150
8. Die Bildung der Parteikontrollorgane und die Einleitung einer Politik der Säuberungen .....	152
9. Die Tätigkeit der ZPKK und die Parteiüberprüfung 1949–1951 .....	157
10. Die bürokratische Logik innerparteilicher Verfolgung während der Stalinisierung der SED – ein Resümee .....	160

JOCHEN LAUFER

Von den Demontagen zur Währungsreform – Besatzungspolitik und Sowjetisierung Ostdeutschlands 1945–1948 .....	163
1. Reparationen und Sowjetisierung .....	164
a) Anfänge und Schwerpunkte der sowjetischen Reparationspolitik .....	165
b) Die Demontagen in der sowjetischen Besatzungszone .....	168
c) Die Kosten der Demontage- und Beutepolitik .....	171
2. Währung und Sowjetisierung .....	173
a) Die Sonderentwicklung der Finanzwirtschaft in der SBZ .....	174
b) Die Währungsreformpläne der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) und der Deutschen Zentralen Finanzverwaltung (DZFBV) .....	176
c) Die Durchführung der Währungsreform in der SBZ .....	181
3. Resümee .....	185

MONIKA KAISER

Wechsel von sowjetischer Besatzungspolitik zu sowjetischer Kontrolle? Sowjetische Einflußnahme und ostdeutsche Handlungsspielräume im Übergangsjahr von der SBZ zur DDR .....	187
1. Das Zusammenwirken sowjetischer und deutscher Partei- und Staatsinstanzen vor und nach Gründung der DDR .....	190
2. Wichtige Entscheidungen und Weichenstellungen in der Übergangsphase von der SBZ zur DDR .....	193
a) DDR-Gründung im Kontext der deutschlandpolitischen Ziele .....	194
b) Schaffung der Nationalen Front und Bemühungen um eine gesamtdeutsche Friedensbewegung .....	198
c) Disput über Befugnisse und Zuständigkeiten der SKK .....	204
d) Übertragung von Verwaltungsfunktionen an die DDR-Regierung – Fallbeispiele .....	207

Übertragung beziehungsweise Übernahme der obersten Legislativfunktionen .....	207
Gewährleistung der Reparationslieferungen und Besatzungskosten als vordringliche Aufgabe der DDR-Regierung .....	211
e) Der Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung und Integration in den Sowjetblock .....	218
3. Schlußbemerkungen .....	230

MICHAEL LEMKE

Prinzipien und Grundlagen der Außenbeziehungen der DDR in der  
Konstituierungsphase des DDR-Außenministeriums 1949–1951 .....

1. Prinzipien, Ansprüche und Ziele der internationalen Politik der SED .....	235
a) Ausgangssituation und sowjetische Interessenlagen .....	235
b) Verfassungsrechtliche und allgemeine innere politische Grundlagen der Außenbeziehungen .....	238
c) Axiome einer alternativen SED-Außenpolitik .....	241
d) Außenpolitisches Regierungsprogramm und Feindbildbestimmung .....	244
e) Sowjetische Einflüsse und Kontrollmechanismen .....	246
2. Die Grundlagen des Aufbaus des MfAA und eines diplomatischen Dienstes .....	250
a) Die außenpolitische Kommission des Parteivorstandes der SED als Vorbereitungsgremium und die Gründung des MfAA .....	250
b) Aufgaben und Planungen .....	252
c) Die Kaderfrage als politisches und strukturelles Problem .....	257
3. Funktionale Probleme und Fragen der Effektivität der internationalen Tätigkeit .....	264
a) Mangel an Professionalität und finanzielle Probleme als Leistungshemmnisse und Ursachen von Rationalitätskonflikten .....	264
b) Sowjetische Einflüsse als Effektivitätsproblem .....	267
c) Ökonomische, handelspolitische und andere Effektivitätsprobleme .....	269
4. Resümee .....	272

WILLIAM STIVERS

Amerikanische Sichten auf die Sowjetisierung  
Ostdeutschlands 1945–1949 .....

1. Einleitung .....	275
2. Wahrnehmungen der Moskauer „demokratischen“ Linie .....	276
a) Ausblick auf die Einheitsfront .....	278
b) „Sektierer“ im Aufwind .....	279
3. Die SED aus der amerikanischen Perspektive .....	281
a) Die bürgerlichen Parteien bleiben fest .....	282
b) Sektierer diskreditiert: Wahlen in der Sowjetzone .....	283

c) Moskaus neue Initiative .....	285
d) Clay verhandelt für die deutsche Einheit .....	287
e) Das State Department entscheidet sich für die Teilung .....	289
f) Gab es eine Chance? .....	290
4. Das Ende der neuen Politik .....	292
5. Kaiser, Lemmer und die nationale Vertretung .....	297
6. Neue Gefahr: Wiederbelebung der breiten Front .....	299
7. Die Umklammerung ist geschlossen .....	304

JAROSLAV KUČERA

Die Kaderpolitik der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in der zentralen Staatsverwaltung 1945–1952 .....	305
---	-----

1. Einleitung .....	305
2. Die Politik der KP Tschechien gegenüber den Staatsangestellten in den Jahren 1945–1948 .....	307
3. Die kommunistische Machtübernahme im Februar 1948 und die Beherrschung der Staatsverwaltung durch das neue Regime .....	319
4. Der Aufbau des Systems der kommunistischen Kaderpolitik 1948–1952 .....	333
5. Zusammenfassung .....	339

Abkürzungsverzeichnis .....	343
-----------------------------	-----

Literaturverzeichnis .....	349
----------------------------	-----

Autorenverzeichnis .....	363
--------------------------	-----

JAROSLAV KUČERA

# Die Kaderpolitik der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in der zentralen Staatsverwaltung 1945–1952

## 1. Einleitung

„Die Kader entscheiden alles [...]“ war vor allem in den vierziger und fünfziger Jahren eine der wohl am meisten wiederholten Formeln der Verantwortlichen aller Ränge im kommunistischen Machtbereich. Aus dem Mund des großen Stalin stammend,<sup>1</sup> kurz und prägnant, scheint sie sich besonders gut als ein fester Bestandteil der politischen Sonntagsreden geeignet zu haben. Nichts wäre jedoch verfehler, diese Formel eben nur als eine rhetorische Pflichtübung einstufen zu wollen. Vieles deutet darauf hin, daß es sich hier um eine der zentralen Aussagen des Regimes über sich selbst handelt, über sein Wesen, seine Herrschaftsformen und -methoden.

Nur auf den ersten Blick schien der Sowjetkommunismus mit seinem Interesse für die Nutzung der Menschenressourcen nicht grundsätzlich von der Entwicklungstendenz der modernen Personalführung abzuweichen. In der Tat zielte die kommunistische Personalpolitik jedoch nicht primär auf ein rationelles Wirtschaften mit dem Manpower-Potential der Gesellschaft, sondern auf den Ausbau und die Sicherung des politischen und ideologischen Herrschaftsmonopols der kommunistischen Partei ab. Dieser grundlegenden Zielsetzung entsprach auch der Charakter der kommunistischen Personalpolitik:

- Im Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit stand ein „Kader“,<sup>2</sup> dessen Anforderungsprofil in erster Linie soziale Herkunft, politisch-ideologische Loyalität und marxistisch-leninistische Bildung einschloß. Selbst wenn auch Sachkenntnis und administrativ-organisatorische Fähigkeiten gefragt wurden, waren sie in der Praxis zweitrangig.<sup>3</sup>
- Die kommunistische Personalpolitik, ihre normative Vorbereitung wie ihre praktische Durchführung, waren und blieben, und zwar in einer äußerst zentralisierten Form, stets eine ausschließliche Domäne der Politik, also die Domäne der kommunistischen Partei.

---

1 Vgl. J. V. Stalin, *Otázky leninismu*, Praha 1952, S. 490.

2 Zum Begriff „Kader“ aus der Sicht der SED, die grundsätzlich mit der Sicht auch der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei identisch war, vgl. Hartmut Zimmermann, *Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR*, in: Hartmut Kaelble/ Jürgen Kocka/ Hartmut Zwahr (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 323–324.

3 Vgl. Christoph Boyer, *Die Kader entscheiden alles. Kaderpolitik und Kaderentwicklung in der zentralen Staatsverwaltung in der SBZ und der früheren DDR (1945–52)*. Dresden, 1996, S. 8.

Sie stellte somit einen spezifischen, systemeigenen Politikbereich, genannt „Kaderpolitik“, dar.

- Die Kaderpolitik betraf die Auswahl von Mitarbeitern für alle leitenden Stellen im Staats- und Gesellschaftsgefüge: in den Organen der Staatsverwaltung, der Wirtschaftslenkung, im Bereich der Kultur und Bildung sowie in den Massenorganisationen. Bei der faktischen Machtausübung war die Kaderpolitik somit eines der wichtigsten Instrumente der „Verstaatlichung“ der Gesellschaft, d. h. der Durchsetzung des Anspruches, der kommunistischen Partei einen prägenden Einfluß auf alle gesellschaftlichen Organisationsformen zu verschaffen und ihre Aktivitäten oder zumindest deren wirksame Kontrolle zu gewährleisten.

Im Hinblick auf die auch durch die Regime sowjetischen Typs selbst anerkannte Bedeutung der Kaderpolitik ist die Frage nach ihrer Entstehung und Entwicklung gerade in der formierenden Phase des Sowjetsystems besonders interessant. Im Vergleich zur SBZ/DDR, in deren Fall die Historiographie doch zumindest teilweise Erkenntnisse vorlegen konnte<sup>4</sup>, blieb die Kaderpolitik der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) am Rande der Aufmerksamkeit. Dabei liefert gerade die Tschechoslowakei ein interessantes Beispiel eines Sowjetisierungsprozesses, der trotz verschiedenartiger Einflußnahme durch die Sowjetunion doch weitgehend auf „autochtoner“ Grundlage verlief. Von einem „Export der Revolution“ kann im Falle der Tschechoslowakei im Vergleich mit anderen Ostblockländern wohl am wenigstens die Rede sein. Sie bildet in dieser Beziehung eine Ausnahme, die von Jugoslawien und Albanien geteilt wurde. Von besonderem Interesse ist der Zeitraum von 1945 bis 1948, innerhalb dessen die KPTsch unter den Bedingungen einer zwar durch die Existenz der Nationalen Front eingeschränkten, aber immer noch funktionsfähigen Konkurrenz anderer politischen Kräfte die Kaderpolitik aufbauen bzw. ihre „Kader“ auch außerhalb der Partei unterbringen mußte (Kapitel 2). Erst nach dem Februar 1948 konnte sie einen grundsätzlichen kaderpolitischen Umbau in allen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in Angriff nehmen (Kapitel 3), sowie ein regimeeigenes System der Personalpolitik aufbauen (Kapitel 4). Aus Platzgründen konnte in diesem Zusammenhang lediglich der organisatorische Aufbau, nicht jedoch die Entwicklung der Theorie und der Praxis der Kaderpolitik berücksichtigt werden.

Auch im Hinblick auf den Wirkungskreis der Kaderpolitik mußten Abstriche vorgenommen werden: Das Hauptaugenmerk gilt dem Staatsapparat, der, wie der tschechoslowakische kommunistische Führer Klement Gottwald im Herbst 1948 ankündigte, zu „einem mächtigen Hebel bei der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft“ werden sollte.<sup>5</sup> Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht die zentrale Staatsverwaltung.<sup>6</sup> Diese Verfahrensweise klammert

4 Literaturüberblick siehe bei Boyer, Kader, S. 55–56 bzw. Zimmermann, Überlegungen, S. 354.

5 Rede Gottwalds auf der Tagung des ZK der KPTsch am 17.–18. 11. 1948, in: Státní ústřední archiv, Praha [Staatliches Zentralarchiv, im folgenden SÚA], Archiv ústředního výboru KSČ [Archiv des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, im folgenden: AUV KSČ], 01, svazek (Band, im folgenden sv.) 5, archivní jednotka (Archiveinheit, im folgenden: aj.) 20.

6 In der Tschechoslowakei der 40er Jahre und Anfang der 50er Jahre verstand man unter der zentralen Staatsverwaltung die Ministerien inklusive der Sozialbehörden in ihrem Zuständigkeitsbereich (beispielsweise Inspektionen usw.), die ihnen gleichgestellten Zentralämter (Staatliches Planungsamt [Státní úřad plánovací], Oberstes Preisamt [Nejvyšší úřad cenový], Statistisches Staatsamt [Státní úřad statistický] und Oberster Rechnungs- und Kontrollhof [Nejvyšší účetní a kontrolní úřad]) sowie das Amt der Regierung [Úřad předsednictva vlády; das Amt stellte in fachlicher, organisatorischer und technischer Hinsicht die Tätigkeit der Regierung sicher]; zum Bereich der zentralen Staatsverwaltung wurden regel-

die Analyse nachgeordneter Organe weitgehend – jedoch nicht vollkommen – aus. Denn die allgemeinen Grundsätze der Kaderarbeit, die im folgenden nur grob skizziert werden können, galten allgemein in der gesamten Staatsverwaltung.

Die Intention des Verfasser ist es außerdem, nicht nur die „globalen“ Trends der Kaderpolitik aufzuzeigen, sondern auch ihre Auswirkungen und – soweit möglich – auch ihre Effizienz im „Mikroraum“ einer konkreten staatlichen Institution zumindest anzudeuten. Daß die Wahl dabei auf das Außenministerium fiel, hat bestimmte Vor- aber auch Nachteile: Einerseits war der auswärtige Dienst ein stabiler Bestandteil der staatlichen Verwaltung mit einem – angesichts seiner Spezifik – genau eingegrenzten Aufgabenkreis, der – verglichen beispielsweise mit einzelnen Bereichen der Wirtschaftsverwaltung – keinen wesentlichen Entwicklungs- und Strukturveränderungen unterlag. Andererseits handelte es sich um ein politisch höchst exponiertes Gebiet, dem strategische Aufgaben zugeordnet wurden, was eine verstärkte Aufmerksamkeit für Kaderfragen mit sich brachte. Der diplomatische Dienst gehörte darüber hinaus zu der gesellschaftlich wie materiell attraktivsten Sphäre des Staatsdienstes überhaupt, u. a. durch seine für kommunistische Verhältnisse außergewöhnliche Lebensweise, die u. a. die Chance einschloß, ins Ausland zu reisen und gegebenenfalls hier eine längere Zeit verbringen zu können. Seine Anziehungskraft für an sozialem Aufstieg Interessierte – bis zu ausgesprochen arrivistischen Elementen hin – steigerte sicher auch der Umstand, daß die Abgrenzung der für den diplomatischen Dienst notwendigen fachlichen Kompetenz jahrelang ziemlich unklar blieb. Das ermöglichte ein weitreichendes, einseitiges Präferieren politisch-ideologischer Kriterien bei der Auswahl von Bewerbern und bot somit dem Regime die Möglichkeit, hier in einem verstärkten Maße auch Leute unterzubringen, die klassenpolitische Zuverlässigkeit bzw. parteipolitische Verdienste, jedoch kaum eine spezifische fachliche Qualifikation, anbieten konnten.

## 2. Die Politik der KPTsch gegenüber den Staatsangestellten in den Jahren 1945–1948

Innerhalb der im April 1945 gebildeten Regierung der Nationalen Front nahm die KPTsch aufgrund von Koalitionsabmachungen eine den drei nichtkommunistischen Parteien gleichwertige Stellung ein. Für die Kommunisten bedeutete dies einen relativ plötzlichen Aufstieg in die höchsten Etagen der politischen Macht und zugleich einen grundsätzlichen Wandel ihres politischen Status: Aus einer in der Sicht der Ersten Tschechoslowakischen Republik staatsfeindlichen, extremistischen Partei wurde ein wichtiger Träger der Staatsmacht. Diese neue politische Stellung kam jedoch in erster Linie im legislativen Bereich zum Tragen; in der Exekutive (mit der Ausnahme der politischen Spitzenfunktionen) fühlte sich die Partei zu Recht deutlich unterrepräsentiert. Vom Standpunkt des politischen Machtkampfes her gesehen, auf dessen baldige und endgültige Entscheidung die Partei unmißverständlich zusteuerte, erschien die Verstärkung ihrer Positionen in der öffentlichen sowie staatlichen Verwaltung gerade als zwingende Notwendigkeit. Dies um so mehr, als die teilweise von ihr selbst

---

mäßig auch die Kanzlei des Präsidenten der Republik, die Kanzlei der Nationalversammlung, das Staatsamt für Kirchenangelegenheiten [Státní úřad pro věci církevní] und der Zentrale Genossenschaftsrat [Ústřední rada družstev] gezählt.

initiierten politischen und vor allem sozial-ökonomischen Veränderungen – u. a. die massive „Nationalisierung“ und die verstärkte staatliche Lenkung auch der privaten Unternehmertätigkeit – dem Staat immer mehr wichtige, besonders wirtschaftliche, Vollmachten in die Hände legten. In politischer Hinsicht schien den kommunistischen Bestrebungen, ihre Positionen im Staatsapparat auszubauen, nichts im Wege zu stehen. Bereits seit der Zwischenkriegszeit erachtete man in der politischen Praxis der Tschechoslowakei den Anspruch jeder der regierenden Parteien, ihren Einfluß bei der Besetzung der Posten in der Staatsverwaltung geltend machen zu können, als durchaus legitim. Die reale Möglichkeit der KPTsch jedoch, diesen von allen grundsätzlich akzeptierten Anspruch auch durchzusetzen, stieß bald auf bestimmte, nicht ganz einfach zu überwindende Grenzen.

Im Prinzip boten sich der KPTsch bei der Verstärkung ihrer Positionen in der Staatsverwaltung zwei Wege: Zum einen eigene Parteigänger einzubringen, zum anderen, die Staatsangestelltenschaft – oder zumindest wesentliche Teile derer – für ihre Politik zu gewinnen. Der erstgenannte Weg wurde vor allem durch die Tatsache erschwert, daß die Bewerber für den Staatsdienst strengen Vorschriften gerecht werden mußten, die eine entsprechende Ausbildung und besonders für die leitenden Funktionen auch eine gewisse Praxis verlangten. Die erste Suche nach gut qualifizierten Personen in den eigenen Reihen brachte keine umwälzenden Ergebnisse: Bis Oktober 1945 meldeten die Grundorganisationen der KPTsch aus allen böhmischen Ländern nur knapp über 400 Parteimitglieder, die eventuell für bestimmte Funktionen in der Staatsverwaltung in Frage kämen.<sup>7</sup> Der wahrscheinliche Grund für dieses unerfreuliche Ergebnis war offensichtlich nicht nur ein tatsächlicher Mangel an eventuellen Kandidaten, sondern vielmehr das Fehlen eines effektiven Auslesemechanismus.

Zwar gab es eine immer öfter beschworene „Kaderpolitik“. Diese war jedoch keine den neuen Bedürfnissen entsprechende Personalpolitik, sondern ein im Grunde genommen spontanes Auswahlverfahren für den relativ begrenzten Kreis von Parteifunktionen, bei deren Ausübung fachliche Kriterien meistens kaum eine Rolle spielten. Die grundlegende Aufgabe der Kaderpolitik war die Aufrechterhaltung der „Reinheit“ der Partei, und zwar sowohl nach außen, d. h. in Hinsicht auf die neu aufgenommenen Mitglieder, als auch nach innen – den eigentlich dominierenden Bestandteil der Kaderarbeit bildeten Disziplinarsachen. Die geringe Größe der Partei und eine daraus resultierende Überschaubarkeit ermöglichten es darüber hinaus meistens, bei kaderpolitischen Entscheidungen mit einer persönlichen Kenntnis der Personalprobleme und einzelner Kandidaten sowie einem persönlichen, nicht selten mündlichen, Austausch der entsprechenden Informationen auszukommen. Nach der Befreiung 1945 erlebte die KPTsch jedoch ein dynamisches Wachstum und aus der zahlenmäßig relativ kleinen Elitenpartei, in der fast jeder jeden gekannt hatte, wurde eine Massenpartei.<sup>8</sup> Gleichzeitig wuchsen der Bedarf an Kadern sowie die Ansprüche an sie, besonders an ihr fachliches Niveau, erheblich. Dieser neuen Sachlage konnte die bisherige Praxis nicht gerecht werden. Die Kaderauswahl mußte systematisiert, somit weitgehend formalisiert und auch institutionalisiert werden. Es war notwendig, eine allgemeine Methode sowie ver-

---

7 „Überblick über die Ergebnisse der bisher angenommenen Maßnahmen bei der Schaffung eines Überblicks über die Parteimitglieder-Fachleute“, 2. 10. 1945, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 6, aj. 79, S. 1. Davon waren 104 Juristen, 100 Ärzte und 240 verschiedene andere Berufe.

8 Die Zahl der KP-Mitglieder am Kriegsende wird auf 37 000 geschätzt. Vgl. Rudolf Dau/ Franz Svatosch, Neueste Geschichte der Tschechoslowakei, Berlin 1985, S. 135. Ende August 1945 erreichte die KPTsch 712 000 Mitglieder. Vgl. Dějiny Komunistické strany Československa [Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei], Praha 1961, S. 349, 466 bzw. 472.

gleichbare Kriterien der Kaderarbeit zu entwickeln und ein einheitliches System der Erfassung der Kader herauszubilden. Diese Aufgabe, der eine immer wichtigere politische Bedeutung beigemessen wurde, konnte nur von speziell beauftragten und geschulten Personen bzw. Organen wahrgenommen werden.

Bereits seit Mai 1945 wurden bei allen Parteiorganen – d. h. Zentralkomitee, Bezirks- und Kreisausschüsse, Betriebe und Ortschaften, in denen mehr als eine Grundorganisation tätig war – und Grundorganisationen der KPTsch mindestens dreiköpfige Kaderkommissionen gebildet, die den Grundstein für eine neue Kaderpolitik legen sollten. In kleineren Grund- und Betriebsorganisationen wurde der Posten des Kaderreferenten eingeführt. Gleichzeitig setzte die Tendenz ein, die Tätigkeit der Kaderorgane von der sogenannten „passiven“, d. h. Aufrechterhaltung der Reinheit der Partei sowie Beseitigung negativer Erscheinungen im parteiinternen Leben, auf „aktive“ Kaderpolitik, also auf Auswahl und Erziehung von Kadern zu orientieren. Dieser Trend fand im Dezember 1946 seinen Höhepunkt, als das Zentralkomitee Disziplinarangelegenheiten aus dem Zuständigkeitsbereich der Kaderkommissionen vollkommen herausnahm.<sup>9</sup> Die fortschreitende Veränderung des Inhalts der Kaderarbeit offenbarte jedoch auch gewisse Probleme. Selbst die Parteizentrale mußte zugeben, daß in Kaderkommissionen des öfteren „alte, unflexible, unobjektive und voreingenommene Genossen“ sitzen würden.<sup>10</sup> Man begann nach „neuen Menschen“ zu rufen, die die Bedeutung der Kaderarbeit begriffen hätten. Mitte 1946 wurde eine „Rekonstruktion“ der Kaderkommissionen angekündigt, in deren Rahmen ihre oft mit anderen Aufgaben überlasteten Mitglieder von irgendwelchen anderen Funktionen zu befreien waren. Im Herbst 1946 wurden „Kaderkonferenzen“ einberufen, aus denen Bezirkskaderkommissionen als vollkommen neue Organe der Kaderarbeit auf der mittleren Parteiebene hervorgingen. Damit war der Ausbau der kaderpolitischen Hierarchie, an deren Spitze die bereits 1945 errichtete Kaderabteilung des Sekretariats des ZK stand, abgeschlossen.

Hand in Hand mit der Vervollkommnung der Struktur der Kaderorgane ging auch die Ausdehnung des Wirkungskreises der Kaderarbeit, die nunmehr den unmittelbaren parteiinternen Rahmen verließ. Kaderkommissionen stellten einen Überblick über alle Parteimitglieder her, die Funktionen „irgendeiner Art“, also nicht nur in der Partei, sondern auch in der Staatsverwaltung und in den Massenorganisationen ausübten. Von Anfang an wurde das Prinzip einer hierarchischen Zuständigkeit bei der Erfassung von Kadern verfolgt: Auf den einzelnen Ebenen der Parteiorganisation (Grundorganisation, Kreis, Bezirk und Zentrale) wurden Funktionäre „im Maßstab des Organes, dem sie angehören,“ sowie leitende Funktionäre der unmittelbar untergeordneten Ebene erfaßt.<sup>11</sup> Es sind hier die Konturen der späteren „Nomenklatur“ deutlich sichtbar, also des Prinzips der Zuständigkeit der einzelnen KP-Organen für bestimmte Funktionsränge. Eine verstärkte Aufmerksamkeit wurde außerdem sogenannten „Fachkadern“ gewidmet. Zu diesen zählten die Parteimitglieder mit spezieller Bildung, auf die die Partei im Bedarfsfall als Berater zurückgreifen konnte. Sie kamen auch als Vertreter der Partei in verschiedenen fachlichen Organen in Frage oder konnten für den Staatsdienst vorgeschlagen werden. Eine besondere Sorgfalt legte man auf die Anlage einer Kartei von sogenannten „Reserven“, in der diejenigen einfachen KP-Mitglieder bzw. Funk-

---

9 Vgl. Kádrová politika strany [Die Kaderpolitik der Partei], Praha 1947, S. 21–22.

10 Vgl. Richtlinien für die Kaderpolitik für den Zeitraum 15. 7.–15. 9. 1946, undat., in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 6, aj. 85, s. 3.

11 Vgl. Kádrová politika, S. 30.

tionäre erfaßt werden sollten, von denen die Kaderkommissionen überzeugt waren, daß sie fähig und bereit waren, auch verschiedene Funktionen in der Staatsverwaltung zu übernehmen.

Die Herausbildung einer institutionalisierten Kaderpolitik betraf natürlich auch die Grundorganisationen der KPTsch in den Ministerien und Zentralämtern. Um hier der Parteizentrale eine direkte Einflußnahme zu gewährleisten, wurden sie bereits im Juli 1945 der Zuständigkeit der Prager Bezirksleitung der KPTsch entzogen und einem besonderen ZK-Sekretariat für die Zentralämter unterstellt. Dieser engen Unterordnung entsprach auch die Zusammensetzung der hiesigen Kaderkommissionen, denen neben dem Kaderreferenten der jeweiligen Grundorganisation der zuständige Instrukteur der dazugehörigen Kaderabteilung des ZK-Sekretariats sowie der Leiter des ZK-Sekretariats für die Zentralämter bzw. sein Stellvertreter angehörten.<sup>12</sup>

Angesichts des Defizits an eigenen qualifizierten Kandidaten für den Staatsdienst versuchte die KPTsch von Anfang an, auch diejenigen parteilosen Fachleute anzusprechen, bei denen sie entweder auf ihr positives Verhältnis zur volksdemokratischen Ordnung oder gar auf Sympathien für die Partei rechnete.<sup>13</sup> Das neue Regime, versprach im Juli 1945 der KP-Generalsekretär Slánský, würde Fachleuten „viel größere“ Möglichkeiten gewähren, zur Geltung zu kommen; ihre Arbeit würde „mehr“ geschätzt werden.<sup>14</sup> Der Adressat dieser Lockrufe war gleichzeitig auch die Staatsangestelltenschaft. Die Herausbildung eines Bündnisses mit einer derart heterogenen Gruppe war jedoch nicht einfach. Vor allem in den dienstlich und somit auch sozial niedriger gestellten Kategorien der Staatsangestelltenschaft sah die KPTsch zu Recht ihre potentiellen Bündnispartner. Der Staatsangestellte, erklärte 1946 ein KP-Bulletin, habe „gemeinsam mit den übrigen Werktätigen unter der volksfeindlichen Politik gelitten“. Auch er habe „jede Welle der kapitalistischen Krise auf seiner eigenen Haut zu spüren bekommen“, selbst wenn – so der Vorbehalt – nicht in dermaßen extremer und unmittelbarer Weise wie der Arbeiter.<sup>15</sup> Intern herrschte jedoch eine gewisse Skepsis: In ständischer Hinsicht seien Staatsangestellte den kleinbürgerlichen Schichten zugehörig. Zur Zeit der großen Existenzkämpfe der Arbeiterklasse hätten sie „vollkommen beiseite“ gestanden. Sie hätten nicht kämpfen gelernt und nicht kennengelernt, was die Solidarität der Werktätigen sei, denn alles, was sie im Laufe der Zeit erhalten hätten, sei nicht von ihnen erkämpft, sondern ihnen geschenkt worden.<sup>16</sup>

Vom Standpunkt des Machtkampfes her gesehen, war besonders ein Teil – etwa ein Viertel – der Staatsangestellten am interessantesten: Die Beamtschaft mit Hoch- und Mittelschulbildung und vor allem ihr elitärer Bestandteil, die hohe Bürokratie der Zentralämter. Sie machte ungefähr zwei Prozent der Gesamtzahl der Staatsangestellten aus. Gerade diese

---

12 Aufzeichnung „Beratung über die Frage der Organisation der Partei in den Ministerien und Zentralämtern“, 3. 7. 1945, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 7, aj. 111.

13 Wirtschaftsabteilung des ZK-Sekretariats an die Kaderabteilung des ZK-Sekretariats, 7. 8. 1945, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 6, aj. 79.

14 Rudolf Slánský, *Současné problémy a úkoly Komunistické strany Československa* [Gegenwärtige Probleme und Aufgaben der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei], Praha 1945, S. 17.

15 Bulletin der Grundorganisationen der KPTsch für die Prager Zentralämter, undat. (1946), in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 50, aj. 386.

16 Entwurf des politischen Arbeitsprogramms für staatliche und öffentliche Angestellte, vorgelegt durch das ZK-Sekretariat für staatliche, öffentliche und private Angestellte, 25. 6. 1946, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 50, aj. 386.

Gruppe, deren Schlüsselposition in der Exekutive außer Zweifel stand, nahm der kommunistischen Partei gegenüber eine zumindest reservierte Haltung ein. Die Zahlen sprachen eine klare Sprache: Nach den Parlamentswahlen 1946 schätzte die KPTsch ein, daß etwa 30 Prozent aller Staatsangestellten ihre Politik unterstützt hätten, was leicht unter dem Gesamtdurchschnitt lag.<sup>17</sup> Die größte Unterstützung, etwa 45 Prozent, hätte sie in den niedrigsten Angestelltenkategorien (Eisenbahner, Postangestellte, Angehörige der Finanzwache und der Polizei) gehabt. In der Beamtenschaft insgesamt konnte sie mit etwa knapp über 20 Prozent, unter den Beamten der ersten und zweiten Dienstklasse jedoch nur mit höchstens 10 Prozent Sympathisanten rechnen.<sup>18</sup>

Die Chance, die Staatsangestelltenschaft wirksam anzusprechen, wurde jedoch teilweise durch die Absichten der KPTsch erschwert, die gesamte öffentliche Verwaltung grundlegend, wie sie es selbst bezeichnete, zu „reorganisieren“. Diese Aufgabe betrachtete die Partei als genauso dringend wie beispielsweise die Sozialisierung der Wirtschaft.<sup>19</sup> Kein Wunder, denn in der Tat verbarg sich hinter dieser „Reorganisation“ ein grundsätzlicher Umbau der öffentlichen Verwaltung, der darauf abzielte, sie auf die in Aussicht genommenen sozialpolitischen Umgestaltungen vorzubereiten und folglich zur Hauptstütze und zu einem der wichtigsten formierenden Instrumente der volksdemokratischen Macht auszubauen. Auf der unteren und mittleren Stufe der Staatsverwaltung konnte die Partei bereits in dem im April 1945 angenommenen Regierungsprogramm grundsätzliche Erfolge verzeichnen, indem sie „Nationalausschüsse“ als „lokale Organe der nationalen und demokratischen Revolution“ zu schaffen vermochte.<sup>20</sup> Weitere Maßnahmen auf diesem Gebiet präziserte sie in einem speziellen politischen Arbeitsprogramm für die Staatsangestellten, das im Juni 1946 vorbereitet wurde. Das Programm stand unter der Losung der Modernisierung der Staatsverwaltung. Darunter verstand man nicht nur eine grundsätzliche Reorganisation ihrer Struktur – merkwürdigerweise träumte man zu dieser Zeit von einer „funktionalen Dezentralisierung“ – son-

---

17 In den Parlamentswahlen 1946 erreichte die KPTsch in den böhmischen Ländern 40,17 %, in der Slowakei 30,37 % der Wählerstimmen; im gesamtstaatlichen Maßstab machte dies 38 % aus. Vgl. Dau/Svatosch, *Geschichte*, S. 148–149.

18 Entwurf des politischen Arbeitsprogramms für staatliche und öffentliche Angestellte, vorgelegt durch das ZK-Sekretariat für staatliche, öffentliche und private Angestellte, 25. 6. 1946, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 50, aj. 386. Die Schätzung erfolgte aufgrund von Meldungen der KP-Grundorganisationen in der Staatsverwaltung.

19 Memorandum des Sekretariats für staatliche und öffentliche Angestellte beim ZK der KPTsch, 31. 5. 1946, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 50, aj. 386.

20 Václav Vaněček, *Dějiny státu a práva v Československu* [Geschichte von Staat und Recht in der Tschechoslowakei], 3. Aufl., Praha 1975, s. 471. Die Bildung von Nationalausschüssen auf der Orts-, Kreis- und Landesebene (die Länder wurden 1949 aufgelöst, und das gesamte Staatsgebiet in Bezirke aufgeteilt) erfolgte nach der Befreiung aufgrund des Dekrets des Präsidenten der Republik Nr. 18 vom 4. 12. 1944 über die Nationalausschüsse und die vorläufige Nationalversammlung. Über den Umfang ihrer Kompetenzen sowie die Dauer ihrer Existenz gab es von Anfang an Streitigkeiten. Die demokratischen Parteien waren gegen die Übertragung aller Zuständigkeiten des Staatsapparats an die Ausschüsse und sprachen sich für ihre nur vorübergehende Existenz aus. Schritt für Schritt setzte sich jedoch der kommunistische Standpunkt durch, in dessen Folge die Ausschüsse zum dauerhaften Bestandteil der Staatsverwaltung in allen Bereichen wurden. Somit wurden örtliche Organe der öffentlichen Verwaltung (traditionell faßte man sie nämlich als durch den Staat approbierte Selbstverwaltungsorgane und somit nicht als einen Bestandteil der Staatsverwaltung auf) gleichzeitig zu Organen der Staatsverwaltung. Dieses „Doppelwesen“ – ein Selbstverwaltungs- und ein Staatsorgan in einem – sollte für die kommunistische Ortsverwaltung typisch werden.

dem auch die Einführung neuer Arbeitsmethoden und -vorschriften, die den Angestellten zu einer leistungsfähigen, möglichst zweckmäßigen und verantwortungsvollen Arbeitsweise führen sollten.<sup>21</sup> Einige der vorgeschlagenen Maßnahmen hatten plausible sachliche Hintergründe. Doch stand die politische Absicht im Vordergrund, die bis dahin noch kompakte Gruppe der Staatsbeamtenschaft auf dem Wege der Abschaffung von rechtlichen Barrieren, die sie vor willkürlichen, politisch-ideologisch motivierten Zugriffen relativ wirksam schützten, aufzulösen. Es sollte deswegen möglich sein, den Staatsbeamten, „zu jeder Zeit“ abberufen bzw. sein Dienstverhältnis kündigen zu können. Das spezifische Staatsangestelltenrecht sei, meinte die Partei, sowieso die Quelle der besonderen ständischen „Selbstgefälligkeit“ sowie der „Vorurteile“, welche die Staatsangestellten von den übrigen Werktätigen trennen würden.<sup>22</sup> Im Endeffekt sollten auf diesem Weg die Voraussetzungen für einen umfangreichen, wie behauptet wurde, „Generationswechsel“ geschaffen werden. Im Klartext: Man wollte „reaktionäre und unfähige“ Bürokraten entfernen und sie durch „fähige und diejenigen [Angestellten], die ein positives Verhältnis zur volksdemokratischen Republik haben,“ ersetzen.<sup>23</sup>

Derart tiefe Eingriffe in die traditionellen Werte und ständischen Sicherheiten der Beamtenschaft brachten auch gewisse Risiken mit sich, besonders im Hinblick auf das ehrgeizige Ziel, die Positionen der KPTsch in der Staatsbeamtenschaft und besonders in der Belegschaft der Zentralämter zu verstärken und die Zahl ihrer Sympathisanten unter Staatsangestellten bis zu den nächsten Wahlen, die 1948 stattfinden sollten, zu verdoppeln.<sup>24</sup> Ihre Planer setzten sogar voraus – und wie sich zeigen sollte, teilweise auch zu Recht – daß einige dieser Schritte auch von KP-Mitgliedern in der Staatsverwaltung mit Unbehagen aufgenommen würden.<sup>25</sup> Sie hofften trotzdem, es werde möglich sein, diese Veränderungen „politisch“ zu verwerten, wenn sich ihre „wohltuende“ Wirkung bemerkbar machen würde. Sie nahmen sogar an, dies würde noch innerhalb zweier Jahre, bis zu den Wahlen, der Fall sein.<sup>26</sup>

Die erste Gelegenheit für die KPTsch, den von ihr ins Auge gefaßten „Generationswechsel“ in der Staatsverwaltung einzuleiten, boten die Überlegungen über die Herabsetzung der ständig zunehmenden Zahl der hier Beschäftigten. Die Partei erklärte es für unvermeidlich, die Zahl der Staatsangestellten ungefähr um 150 000 Personen, also um beinahe ein Viertel ihrer Gesamtzahl, zu reduzieren. Nicht nur diese hohe Ziffer, sondern auch die Zeit stellten ein Problem dar: In der Parteizentrale befürchtete man, daß diese Forderung die Sympathien der Staatsangestelltenschaft für die Partei kaum erhöhen werde. Deshalb wurde vorgeschla-

---

21 Ebd.; s. a. Rede J. Davids auf der Tagung des ZK der KPTsch am 25.–26. 11. 1946, in: SÚA, AÚV KSČ, 01, sv. 2, aj. 13.

22 Entwurf des politischen Arbeitsprogramms für staatliche und öffentliche Angestellte, vorgelegt durch das ZK-Sekretariat für staatliche, öffentliche und private Angestellte, 25. 6. 1946, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 50, aj. 386.

23 Ebd.

24 Ebd.

25 Im Januar 1947 war auf der ZK-Tagung die Rede davon, daß es „Genossen“ in der Staatsverwaltung gebe, die geneigt seien, wegen der durch die KPTsch angestrebten Abschaffung der sog. „Definitiv“ (Unkündbarkeit des Dienstverhältnisses) aus der Partei auszutreten. Vgl. Rede Slánskýs auf der Tagung des ZK der KPTsch am 22.–23. 1. 1947, in: SÚA, AÚV KSČ, 01, sv. 3, aj. 14.

26 Entwurf des politischen Arbeitsprogramms für staatliche und öffentliche Angestellte, vorgelegt durch das ZK-Sekretariat für staatliche, öffentliche und private Angestellte, 25. 6. 1946, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 50, aj. 386.

gen, die Lösung dieser Frage „möglichst bald“ in Angriff zu nehmen, um ihre eventuellen negativen Auswirkungen auf das Wählerverhalten bei den nächsten Wahlen abzumildern.<sup>27</sup> Anfangs schien die politische Durchsetzung der Reduktion keine größeren Probleme zu bereiten, denn die Notwendigkeit, die Zahl der Staatsangestellten herabzusetzen, erkannten auch die nichtkommunistischen Parteien der Nationalen Front. Streitigkeiten brachen jedoch aus, als man über die anzuwendenden Kriterien zu verhandeln begann. Während die nichtkommunistischen Parteien ausschließlich fachliche und berufliche Merkmale geltend machen wollten, neigte die KPTsch zu politischen Maßstäben: Entfernt werden sollten vor allem diejenigen, „zu denen es kein Vertrauen gab“.<sup>28</sup> Im Nachkriegs-Kontext schloß der Begriff „Vertrauen“ zwar in erster Linie die Tätigkeit und das Verhalten des Einzelnen während der Okkupation ein, in der KP-Propaganda jedoch zeigte sich deutlich die Tendenz, unter diesem auch ein anderes, besonders aktuell-politisches Verhalten zu subsumieren.

Die Forderung nach der folgerichtigen Säuberung der staatlichen und öffentlichen Verwaltung hat in der kommunistischen Politik der Nachkriegszeit immer eine wichtige Rolle gespielt. Im Sinne des Regierungsprogramms von 1945 sollte der öffentliche Sektor von „allen Elementen gesäubert werden, die sich an der Republik und am Volke schuldig gemacht hatten, von allen faschistischen und profaschistischen Elementen, sowie von allen Elementen, die in den kritischen Ereignissen der Jahre 1938 und 1939 Treubruch dem Volk und Staat gegenüber, und Unzuverlässigkeit und Feigheit gezeigt hatten.“<sup>29</sup> Eben den letzten Teil der Formulierung nutzte die KPTsch zur tendenziellen Ausdehnung der Säuberungsprozesse auch auf ihre „Klassenfeinde“ und zur Schwächung deren Positionen, besonders in der Staatsverwaltung. Bereits im Juli 1945 erklärte Slánský auf der KP-Bezirkskonferenz in Zlín, die Partei gebe sich mit dem bisherigen Stand der Säuberung im Staatsapparat sowie in der Armee nicht zufrieden.<sup>30</sup> Das Damoklesschwert hing besonders über der mittleren und hohen Beamtschaft, zumal die kommunistischen Strategen ihr auch einen nicht zu unterschätzenden „negativen“ Einfluß auf die Mentalität der gesamten Staatsangestelltenschaft zuschrieben.<sup>31</sup> Eben in der mittleren und hohen Beamtschaft habe während der Okkupation, so das politische Arbeitsprogramm der KPTsch für die Staatsangestellten von 1946, der „Geist der Kapitulation und des Defätismus“ vorgeherrschte, sie hätte angeblich die „totale Unfähigkeit“ gezeigt, den Okkupanten zu widerstehen.<sup>32</sup> Die Vergangenheit war jedoch offensichtlich eine offene Tür in die Zukunft: War bereits 1945 davon die Rede, daß nicht nur Kollaborateure, sondern auch nicht spezifizierte „reaktionäre Elemente“ aus der Staatsver-

---

27 Ebd.

28 J. Horn, Jeden z úkolů komunistů [Eine der Aufgaben der Kommunisten], in: Zprávy pro závodní organizace a členy KSČ v státních a veřejných úřadech, ústavech a podnicích [Nachrichten für die Grundorganisationen und Mitglieder der KPTsch in den staatlichen und öffentlichen Ämtern, Instituten und Betrieben], Juni 1947, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 50, aj. 386. Horn war Abgeordneter der Verfassungsgebenden Nationalversammlung für die KPTsch.

29 Vgl. Program československé vlády Národní fronty Čechů a Slováků, přijatý na prvé schůzi vlády dne 5. dubna 1945 v Košicích [Programm der tschechoslowakischen Regierung der Nationalen Front von Tschechen und Slowaken, angenommen auf der ersten Sitzung der Regierung am 5. April 1945 in Košice], Praha 1945, S. 17–18.

30 Slánský, Současné problémy, S. 11.

31 Ebd.

32 Entwurf des politischen Arbeitsprogramms für staatliche und öffentliche Angestellte, 25. 6. 1946, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 50, aj. 386.

waltung entfernt werden müßten<sup>33</sup>, so sprach die Partei 1946 unverhüllt von der Beseitigung von Leuten, die „der neuen Ordnung feindlich gegenüberstehen“.<sup>34</sup> Auch in diesem Fall war die hohe Bürokratie die Zielscheibe. Sie wurde als ein „treuer Helfer der herrschenden Klasse“ hingestellt, man sprach ihr jede Loyalität dem Volk und dem Staat gegenüber ab: Sie mißbrauche ihre außerordentliche und rechtlich praktisch unantastbare Stellung zur Unterminierung, ja Sabotage der Regierungspolitik; manche hohen Funktionäre würden ihre Stellung zur „Deckung und Unterstützung reaktionärer Umtriebe“ ausnutzen.<sup>35</sup>

Um ihre Ziele zu erreichen entfaltete die KPTsch mannigfaltige Aktivitäten. Es wurden Grundorganisationen der Partei besonders in den Ministerien und Zentralämtern ausgebaut und bei der Parteizentrale sowie bei Kreisausschüssen besondere Kommissionen geschaffen, die sich der Problematik der öffentlichen und staatlichen Verwaltung widmen sollten.<sup>36</sup> Um personelle Veränderungen wirksamer durchsetzen zu können, versuchten die Kommunisten, die durch sie bereits vollkommen beherrschte Gewerkschaftsbewegung unter den Staatsangestellten stärker in die Personalpolitik zu involvieren. Als Sofortmaßnahme auf der Regierungsebene beabsichtigte die Partei, alle Beförderungen und Bestellungen besonders in die hohen Dienststränge einzustellen. Außerdem hoffte sie, eine Übereinkunft erzielen zu können, gemäß der hohe Funktionen in der zentralen Staatsverwaltung nach dem politischen Schlüssel besetzt werden sollten, der nach den prozentualen Ergebnissen der letzten Parlamentswahlen zustandegekommen war.<sup>37</sup>

Die Offensive der KPTsch blieb allerdings bald in langwierigen Koalitionsverhandlungen stecken. Die Partei konnte ihre weitgehenden Vorstellungen nicht durchsetzen. Es blieb kein anderer Weg übrig, als sich mit den existierenden Formen und Mechanismen der Personalarbeit abzufinden und als eine Art Ersatzprogramm zu versuchen, in dem gegebenen Rahmen den eigenen Zielsetzungen doch näherzukommen. Dies war nicht völlig aussichtslos, denn selbst die kommunistischen Minister hatten den sich bietenden „legalen“ Raum bislang nicht voll auszunutzen gewußt. Das oberste Entscheidungsgremium der Personalpolitik in der zentralen Staatsverwaltung war das Personalkomitee der Minister, das aus insgesamt acht Ministern bestand.<sup>38</sup> Zunächst verfügten die Kommunisten hier nur über einen Exponenten, und zwar den Innenminister, der gleichzeitig Vorsitzender des Komitees war. Nach den Parlamentswahlen 1946 erhöhte sich die Zahl der KP-Vertreter auf drei – es kamen die wichtigen Minister der Finanzen bzw. für Arbeitsschutz und soziale Fürsorge hinzu. Doch dies reichte immer noch nicht aus. Wie üblich, bestätigte das Minister-Komitee meistens nur die Entscheidungen bürokratischer Organe, in diesem Fall die der beim Amt der Regierung tätigen sogenannten Beamtenkommission. Sie setzte sich aus den Chefs der Personalsektionen des Amtes der Regierung, des Innenministeriums, des Finanzministeriums und des Obersten Rechnungs- und Kontrollhofes zusammen. Für die KPTsch wurde die

---

33 Slánský, *Současné problémy*, S. 11.

34 Entwurf des politischen Arbeitsprogramms für staatliche und öffentliche Angestellte, 25. 6. 1946, in: SÚA, AÚV KSC, 100/1, sv. 50, aj. 386.

35 Aufzeichnung der Beratung des ZK-Sekretariats für staatliche und öffentliche Angestellte, 3. 7. 1946, in: SÚA, AÚV KSC, 100/1, sv. 50, aj. 386.

36 Ebd.

37 Ebd.

38 Dem Komitee gehörten Innenminister, Finanzminister, Justizminister, Minister für Postwesen, Verkehrsminister, Außenminister, Minister für Arbeitsschutz und soziale Fürsorge und Gesundheitsminister an.

Stärkung ihrer Positionen in dieser Kommission und zumindest die partielle Einflußnahme auf den Prozeß der Vorbereitung der Unterlagen für personalpolitische Entscheidungen zu einer Art strategischer Aufgabe. Die kommunistischen Minister sollten deswegen den Personalabteilungen in ihren Ressorts „mehr Aufmerksamkeit“ widmen und ihre Leitung den eigenen Parteigängern anvertrauen. Gleichzeitig wurde der Aufbau von informellen Keimzellen einer parteieigenen Personalarbeit in der Staatsverwaltung in Angriff genommen. In den Präsidien sowie in den Angestelltenräten – vergleichbar mit Betriebsräten in Wirtschaftsbetrieben – der von Kommunisten verwalteten Ministerien waren Netze von KP-Vertrauensleuten zu errichten, die sich einen Überblick über die aus kommunistischer Sicht geeigneten „Kader“ verschaffen und helfen sollten, diese Leute in entsprechende Funktionen einzusetzen.<sup>39</sup> Es wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß es sich nicht nur um KP-Mitglieder handeln sollte. Eine nicht minder wichtige Aufgabe dieser KP-Vertrauensleute besonders in den Zentralorganen der Ministerien, beispielsweise in den Sekretariaten der Minister, stellte auch die geheime Kontrolle der Tätigkeit nichtkommunistischer Beamter dar: Ziel war es, der Partei die Übersicht über alles zu verschaffen, was sozusagen „über ihren Tisch“ ging.<sup>40</sup>

Bis zum Mai 1947 gelang es der KPTsch tatsächlich, die Beamtenkommission beim Amt der Regierung zu beherrschen sowie die Posten der Chefs von Personalhauptabteilungen in einigen Ministerien zu besetzen. In den übrigen Ministerien bemühte sie sich, in den Personalsektionen zumindest mit gewöhnlichen Referenten vertreten zu sein.<sup>41</sup> Im November 1947 bereitete das Sekretariat des ZK der KPTsch im Interesse der „Vertiefung und Verschärfung“ der Kaderpolitik in der Staatsverwaltung einen neuen Vorschlag vor, der die Personalsektion des Amtes der Regierung, die seit einigen Monaten von einem Kommunisten geleitet wurde, faktisch der Kaderabteilung des ZK unterstellte. Bei der Sektion war außerhalb der offiziellen, amtlichen Erfassung des Personals eine inoffizielle, parteiinterne Übersicht über alle Kommunisten in den Zentralämtern aufzubauen. Die ZK-Kaderabteilung sollte darüber hinaus Listen übriger Beamter, die der Zusammenarbeit mit der KPTsch positiv gegenüberstanden, gleichzeitig jedoch auch Verzeichnisse der „dem Regime feindlichen“ Beamten führen.<sup>42</sup> Die kommunistischen Mitglieder der Beamtenkommission beim Amt der Regierung sollten im engen Kontakt zu der Kaderabteilung des ZK-Sekretariats stehen und mit ihren Mitarbeitern die Aufnahme von Kommunisten in den Staatsapparat bzw. deren Beförderung regelmäßig besprechen. In die Kaderarbeit waren auch die ZK-Fachabteilungen sowie die Bezirkskaderkommissionen der Partei verstärkt einzubeziehen. Das Ziel bestand nach wie vor darin, eine Übersicht über die Parteikader zu gewinnen und immer neue Leute zu „liefern“.<sup>43</sup> Gleichzeitig sollten auch die kommunistischen Mitglieder des ministeriellen Personalkomitees (Innenminister Václav Nosek, Finanzminister Jaromír Dolanský und der Minister für Arbeitsschutz und soziale Fürsorge Zdeněk Nejedlý) bei personalpolitischen Entscheidungen aktiver sein als bisher. Beispielsweise sollten sie über Einzelfälle eingehend

---

39 Unbekannter Autor an Vorstand des ZK, 14. 10. 1946, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 41, aj. 300 bzw. Aufzeichnung „Aufgaben der Kaderabteilung des Sekretariats“, 3. 12. 1947, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 6, aj. 80, s. 1–2.

40 Bericht über die Kaderpolitik in den staatlichen Zentralämtern, 15. 5. 1947, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 8, aj. 129.

41 Ebd.

42 Entwurf zur Dezentralisierung der Kaderpolitik in der staatlichen und öffentlichen Verwaltung, 21. 11. 1947, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 200, aj. 1277.

43 Ebd.

informiert werden, an denen die Partei interessiert war, um im Komitee entsprechend agieren zu können. Um die kommunistischen Forderungen durchzusetzen, sollte mit Hilfe von Grundorganisationen der KPTsch, KP-Parlamentsabgeordneten sowie kommunistischen Ministern massiver Druck auch auf die nichtkommunistischen Regierungsmitglieder ausgeübt werden, den personalpolitischen Wünschen der Partei den Weg zu ebnen.

Bis zum Vorabend des Februar-Umsturzes konnte die KPTsch ihre Positionen in der zentralen Staatsverwaltung wesentlich verstärken, blieb aber dennoch, vor allem in den leitenden Funktionen, deutlich unterrepräsentiert. Die einzige Ausnahme bildeten die von der KPTsch verwalteten Ministerialbereiche, in denen es der Partei gelang, eigene Leute auch in hohe Beamtenpositionen zu plazieren und somit hier relativ kompakte Enklaven eigener Macht zu schaffen. Zwar konnten die Kommunisten im Herbst 1947 bei ihren Bemühungen, verstärkt Einfluß auf die personalpolitischen Prozesse in der Zentralverwaltung zu nehmen, einige Erfolge verbuchen; ihre weitere Verwertung war jedoch erst auf längere Sicht möglich. Die Pläne, allmählich einzelne Posten in der zentralen Staatsverwaltung zu erobern, wurden durch die Entwicklung bald überholt: Die politische Krise im Februar 1948 gab der Partei die Möglichkeit, die Kaderpolitik in einem Maßstab zu entfalten, mit dem noch Ende 1947 offensichtlich niemand gerechnet hatte.

Die Personallage im auswärtigen Dienst in den Jahren 1945–1948 war eben einer der Posten in der Kaderpolitik der Partei, der ihre führenden Repräsentanten kaum mit Befriedigung erfüllte. Die Regierung der Nationalen Front deklarierte in ihrem Programm vom April 1945 das „möglichst enge Bündnis“ mit der Sowjetunion für die „leitende Linie“ der tschechoslowakischen Außenpolitik: Der tschechoslowakisch-sowjetische Vertrag vom Dezember 1943 sollte „die außenpolitische Position unseres Staates für die gesamte Zukunft bestimmen“.<sup>44</sup> Dies stand vollkommen mit den Vorstellungen der Kommunisten im Einklang, erblickten sie doch in dieser Orientierung nicht nur die Gewähr für die außenpolitische Stabilität des Staates, sondern auch einen wichtigen Faktor der volksdemokratischen Ausrichtung der Entwicklung der tschechoslowakischen Gesellschaft. Ihre Möglichkeiten jedoch, diesen grundlegenden außenpolitischen Kurs zu realisieren und somit an dessen eventueller Entfaltung im Sinne eines nicht nur politischen, sondern auch ideologischen Bündnisses zu partizipieren, blieben in personeller Hinsicht recht eingeschränkt. Für das Amt des Außenministers akzeptierten die Kommunisten 1945 den parteilosen Jan Masaryk, gegen dessen Autorität und Popularität sie keinen geeigneten Kandidaten aufbieten konnten. Auch nach den siegreichen Parlamentswahlen vom Mai 1946 war sein Verbleiben im Amt für sie kein Anlaß zur Beunruhigung.<sup>45</sup> Die KPTsch gab sich lediglich damit zufrieden, daß sie im Rahmen der Verhandlungen über die Zusammensetzung der beiden Nachkriegsregierungen ihren eigenen Mann für das Außenministerium durchsetzte, den slowakischen Kommunisten V. Clementis, der in seiner Eigenschaft als Staatssekretär den parteilosen Minister „überwachen“ sollte.<sup>46</sup>

Die Personallage im Außenministerium beurteilte das ZK-Sekretariat der KPTsch ziemlich pessimistisch. „Insgesamt“, so ein Bericht vom August 1945, seien hier Menschen tätig,

---

44 Program čs. vlády Národní fronty, s. 9.

45 Vgl. Aufzeichnung über die Tagung des ZK der KPTsch am 30. 5. 1946, in: SÚA, AÚV KSČ, 01, sv. 2, aj. 12. Gottwald bezeichnete es hier als „günstig“, wenn das Außenministerium mit einem parteilosen Fachmann besetzt bleiben würde. Somit kam praktisch niemand anderer als Masaryk in Frage. Einige ZK-Mitglieder (z. B. Ministr Nejedlý) sprachen sich offen für sein Verbleiben in diesem Amt aus.

46 Vgl. Eduard Táborský, *Prezident Beneš mezi Západem a Východem* [Präsident Beneš zwischen Westen und Osten], Praha 1993, s. 238.

die „auch heute die einzige Rettung im Westen erblicken“; es gebe dort keinen einzigen Hauptabteilungschef, der „wenigstens ein aufrichtiges Verhältnis zur Sowjetunion“ habe und das Bündnis mit Moskau nicht als „notwendiges Übel“ betrachte; die Auslandsvertretungen seien ganz und gar mit Leuten „reaktionärer Gesinnung“ besetzt.<sup>47</sup> Und schlimmer noch ziele die gesamte Personalpolitik im Ministerium darauf ab, neue Kräfte nur aus den „unzuverlässigen“ Kreisen aufzunehmen. Der Bericht empfahl, der hiesigen Personallage eine „verstärkte Aufmerksamkeit“ zu widmen; die Partei sollte fähige und qualifizierte Beamte „aus unseren Reihen“ ins Ressort entsenden. Einen Raum dafür gab es durchaus. Der Aufbau des auswärtigen Dienstes nach 1945 bestand nicht nur in der Reaktivierung oder Übernahme von Diplomaten und Beamten aus der Ersten Republik bzw. aus dem Apparat der Exilregierung. Das Ministerium nahm in einem wesentlichen Umfang auch neue Leute auf – ihr Anteil an der Gesamtzahl der Angestellten im Ressort machte Anfang Februar 1948 fast 55 Prozent aus.<sup>48</sup>

In den Jahren 1945–1948 verstärkte die KPTsch zweifellos ihre Positionen im auswärtigen Dienst. Trotzdem gab es für Jubel wenig Gründe: Eine Bilanz von der Jahreswende 1947/1948 wies in den leitenden Funktionen (d. h. Hauptabteilungschefs, deren Stellvertreter und Abteilungsleiter) lediglich knapp 12 Prozent Kommunisten auf, während die Volkssozialisten etwa 35 Prozent und Parteilose beinahe 37 Prozent der genannten Funktionen besetzten.<sup>49</sup> Von den sieben Hauptabteilungschefs bzw. ihren sechs Stellvertretern hatten die Kommunisten jeweils einen Posten inne und von den 47 Abteilungsleitern waren nur fünf Mitglieder der KPTsch.<sup>50</sup> Aus einem Vergleich mit den anderen Ressorts, an deren Spitze Nichtkommunisten standen, ging das Außenministerium jedoch nicht am schlechtesten hervor – der Anteil der Kommunisten in den leitenden Funktionen bewegte sich hier zwischen 4 und 10 Prozent (eine Ausnahme bildete das Schulministerium mit 20 bzw. das Verkehrsministerium mit 16 Prozent<sup>51</sup>). Hier war die Lage für die KPTsch sogar besser als beispielsweise im Finanzministerium (7 Prozent), das die Kommunisten seit den Wahlen von 1946 verwalteten. Es konnte sich jedoch bei weitem nicht mit derartigen Bollwerken der kommunistischen Macht messen, wie sie das Ministerium für Informationen (beinahe 44 Prozent) oder das Landwirtschaftsministerium (über 33 Prozent) darstellten.<sup>52</sup>

Ganz zweckorientiert, versuchte die Führung der KPTsch später, die Verantwortung für die Unterrepräsentation ihrer Exponenten im Außenamt einseitig auf den Staatssekretär

---

47 Bericht (Unterschrift unlesbar), 8. 8. 1945, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 59, aj. 463.

48 Vgl. Plan der Kaderarbeit im Außenministerium für das Jahr 1951, Anlage Nr. 4, 21. 12. 1950, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 59, aj. 463.

49 Aufzeichnung „Personalbesetzung der Ministerien und Zentralämter“, undat. (1948), in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 41, aj. 300.

50 Personelle Zusammensetzung des Außenministeriums nach einzelnen Sektionen, undat. (1947/48), in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 41, aj. 300. Vladimír Borek war damals Chef der 2. (politischen) Hauptabteilung (1949–1952 stellvertretender Außenminister) und Rudolf Bystrický, stellvertretender Leiter der 4. (volkswirtschaftlichen) Hauptabteilung (1949–1951 Botschafter in Großbritannien). Unter den fünf kommunistischen Abteilungsleitern befanden sich beispielsweise Vavro Hajdú (1949–1951 stellvertretender Außenminister) und Vladimír Oustrata (1948–1951 Botschafter in den USA).

51 In beiden Fällen verbesserte der relativ starke Anteil an den niedrigeren Funktionen die kommunistischen Positionen im Bereich Abteilungsleiter.

52 Aufzeichnung „Personalbesetzung der Ministerien und Zentralämter“, undat. (1948), in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 41, aj. 300. Zum Vergleich: im Innenministerium betrug der Anteil der Kommunisten in den entsprechenden Funktionen 17,4 Prozent.

Clementis abzuwälzen. Dieser gab zwar zu, daß er der Auswahl und der Gewinnung von Kommunisten für das Außenministerium persönlich nicht die „notwendige Energie und Entschiedenheit“ gewidmet hätte, doch machte er auch auf andere Umstände aufmerksam.<sup>53</sup> Die Personalfragen lagen nicht in seiner unmittelbaren Kompetenz, und für ihre indirekte Beeinflussung besaß Clementis nicht genügend Raum. Einerseits war er mit seiner eigenen Agenda beschäftigt, andererseits hatte er auf diesem Gebiet starke Gegenspieler. Einen gewissen Einfluß auf die Personalangelegenheiten, besonders auf die hohen Beamtenstellen, behielt weiterhin Präsident Edvard Beneš über seinen einstigen engen Mitarbeiter, den Chef des Präsidiums des Außenministeriums, Jan Jína.<sup>54</sup> Außerdem engagierte sich auch Minister Masaryk relativ intensiv in Personalfragen. Zum ersten Zusammenstoß zwischen ihm und Clementis kam es bereits im Frühjahr 1945, als Clementis ohne Masaryks Wissen versuchte, die Rückkehr von angeblichen Kollaborateuren ins Ministerium zu verhindern. Er schlug der Regierung vor, für das Außenministerium nicht den Grundsatz der Kontinuität der Anstellung gelten zu lassen, und hob außerdem einige ältere personalpolitische Maßnahmen der Exilregierung im Ressort auf. Bald habe er ein „erregtes“ Telegramm von Masaryk bekommen, der sich damals in San Francisco aufhielt, in dem der Minister kategorisch verlangte, mit irgendwelchen personalpolitischen Schritten bis zu seiner Rückkehr nach Prag abzuwarten.<sup>55</sup> Clementis führte später an, er könne über die Zusammenarbeit mit Masaryk im Grunde genommen nicht klagen: Die Diskussionen über politische Fragen mit ihm seien ruhig gewesen, des öfteren habe der Minister schließlich „mit sich reden lassen“. In Personalfragen sei Masaryk jedoch „am empfindlichsten und energischsten“ gewesen, besonders wenn es um seine „alten Bekannten und Freunde“ ging. In solchen Fällen habe er sich „nicht selten“ zu „fast hysterischen Szenen“ hinreißen lassen, und er, Clementis, habe ihm, wie er 1950 reumütig gestand, nachgegeben.<sup>56</sup>

Obwohl man Clementis' Mitverantwortung für die Personallage im Außenministerium nicht in Zweifel ziehen kann – schließlich war er nach dem Minister der höchste Funktionär des Amtes – lagen die Gründe für die unerfreuliche Stellung der KPTsch im auswärtigen Dienst vielmehr in den üblichen Leiden der kommunistischen Personalpolitik der damaligen Zeit: im Mangel an fachlich geeigneten Kandidaten, besonders für die höheren Funktionen, sowie im eingeschränkten Einfluß auf die regulären Mechanismen der Personalpolitik in der Staatsverwaltung. Im Außenministerium hatte die Partei außerdem auch Pech, denn beispielsweise ihr Versuch, in der Personalhauptabteilung des Ministeriums fest Fuß zu fassen, ging schief: Im Mai 1947 gab ein Bericht über die Kaderpolitik in den Zentralämtern zwar an, die KPTsch habe die Stelle des Leiters dieser Hauptabteilung besetzt, der betreffende Mitarbeiter nahm jedoch zum Jahresende von der Partei wieder Abschied.<sup>57</sup>

---

53 Clementis an den Vorstand des ZK der KPTsch, 15. 4. 1950, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/24, sv. 103, aj. 1203.

54 Jína wurde später zum Chef der politischen Abteilung der Kanzlei des Präsidenten Beneš.

55 Clementis an den Vorstand des ZK der KPTsch, 15. 4. 1950, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/24, sv. 103, aj. 1203.

56 Ebd.

57 Vgl. Bericht über die Kaderpolitik in den staatlichen Zentralämtern, 15. 5. 1947, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 8, aj. 129. bzw. Personelle Zusammensetzung des Außenministeriums nach einzelnen Sektionen, undat. (1947/48), in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 41, aj. 300.

### 3. Die kommunistische Machtübernahme im Februar 1948 und die Beherrschung der Staatsverwaltung durch das neue Regime

Die innenpolitischen Ereignisse in der Tschechoslowakei im Februar 1948 veränderten grundsätzlich die Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung der Staatsverwaltung. Das neue Regime betrachtete ihre bestehende Struktur und besonders ihre personelle Besetzung als Hindernis für seine gesellschaftspolitischen Pläne und leitete deswegen in raschem Tempo grundlegende Umgestaltungen ein. Der Untergang der eingeschränkten politischen Pluralität und Demokratie sowie die Abschaffung des ohnehin ziemlich fraglichen Rechtsstaates führten zu einer sofortigen Entfernung der politischen sowie rechtlichen Barrieren, die bis dahin die Durchsetzung des kommunistischen Einflusses auf den Staatsapparat weitgehend blockiert hatten.

Zum Hauptträger der personalpolitischen Änderungen in der Staatsverwaltung wurden die „Aktionsausschüsse“ der Nationalen Front, die im Februar 1948 anstelle der ursprünglichen Organe der Nationalen Front gebildet wurden. Sie konstituierten sich durch die Initiative der KPTsch und unter Mitwirkung der kommunistisch unterwanderten Gewerkschaften und gesellschaftlichen Organisationen. Im Unterschied zu der „alten“ Nationalen Front, deren Organe aufgrund der Ergebnisse der Parlamentswahlen von 1946 besetzt worden waren, wurden die Aktionsausschüsse von der KPTsch eindeutig dominiert. Sie waren außerdem nicht ein „ Folgeprodukt“ des Februar-Umsturzes, sondern sein direkter Akteur und offensichtlich einer der wichtigen Faktoren seines Erfolgs. Zu ihrer Bildung forderte Gottwald bereits am 21. Februar auf, also einen Tag nach dem Ausbruch der politischen Krise. Die Ausschüsse wurden innerhalb von wenigen Tagen praktisch überall ins Leben gerufen: in den sowohl legislativen (beispielsweise auch im Parlament) als auch exekutiven Organen der Staatsmacht, in den nichtkommunistischen politischen Parteien und den Massenorganisationen, in Staatsbetrieben und auch in der Privatwirtschaft. Am 25. Februar wurde als Dachorgan der Zentrale Aktionsausschuß der Nationalen Front gebildet.

Die Aufgabe der Aktionsausschüsse lag in der sofortigen Entfernung „aller zersetzenden reaktionären Elemente aus Ämtern, wirtschaftlichen und kulturellen Betrieben, politischen Parteien und dem gesamten öffentlichen Leben“. Gleichzeitig sollten sie „Initiator der Aufbauarbeit unseres Volkes“ sein.<sup>58</sup> Obwohl man den letztgenannten „schöpferischen“ Aspekt in der Tätigkeit der Aktionsausschüsse, besonders auf den niedrigeren Ebenen, nicht von vornherein unterschätzen sollte, überwog die Repression deutlich, und eben die „Säuberung“ war ihr größter „Beitrag“ zum kommunistischen Sieg und zu seiner Absicherung. Im Verhältnis der Aktionsausschüsse zu den Organen der Staatsmacht herrschte ein gewisses Ungleichgewicht. Auf den niedrigeren Ebenen (die Bezirksebene eingeschlossen) waren ihre Kompetenzen am größten: Hier waren sie sogar befugt, den Staatsorganen verbindliche Anweisungen zu erteilen, und sie nahmen somit nicht nur an den personellen Säuberungen, sondern im gegebenen, also lokalen Maßstab auch an der Gestaltung der neuen Macht teil. In den Ministerien und Zentralämtern jedoch stellten sie in erster Linie die Machtübernahme sicher und leiteten die ersten personellen Veränderungen ein; dies zudem nur dort, wo an der Spitze der Ressorts oder Ämter „reaktionäre“ Minister oder Beamte standen. Mit der Etablierung der neuen Regierung – sie wurde am 25. Februar ernannt und legte am 27. Februar

---

58 R. Slánský, in: Rudé právo vom 27. 2. 1948.

den Verfassungseid ab – beschränkte sich ihre Rolle auf lediglich eine beratende Funktion, besonders in den Personalangelegenheiten. Die effektive Macht in personalpolitischen Fragen übernahm mittels verschiedener spezieller Kommissionen praktisch sofort die Partei-zentrale.

Die Säuberungen im Staatsapparat waren zunächst eine merkwürdige Mischung von Gesetzwidrigkeit und Legalität. Der eigentliche Anlaß zur Amtshandlung, also die Entscheidung über die Entfernung aus dem Dienst, war illegal. Im weiteren wurde jedoch grundsätzlich nach den geltenden Vorschriften vorgegangen: Während man Vertragsangestellte einfach kündigte, wurden Staatsbeamte, deren Dienstverhältnis nicht kündbar war, zunächst beurlaubt bzw., wenn sie die vorgeschriebene Altersgrenze erreichten, pensioniert. Für eine definitive Regelung suchte das Regime zunächst einen juristischen Weg. Dieser stützte sich auf die Begründung, die Aktionsausschüsse seien legale Organe, die aus dem Willen des Volkes entstanden seien: „In ihnen erfüllte sich der elementare Grundsatz unserer Verfassung, demgemäß das Volk die einzige Quelle der Macht im Staate ist.“<sup>59</sup> Die Tätigkeit der Aktionsausschüsse wurde außerdem als eine Art Selbsterhaltung, als „Abwehrkampf“ zum Schutz der wirtschaftlichen Basis und der politischen Ordnung des Staates hingestellt, also als eine vollkommen legitime Handlung. Mit dem Gesetz Nr. 213 vom 21. Juli 1948 wurden alle Maßnahmen der Aktionsausschüsse, die sie im Zeitraum zwischen dem 20. Februar 1948 und dem Inkrafttreten des Gesetzes am 8. August 1948 getroffen bzw. initiiert hatten und die auf den „Schutz oder Gewährleistung der volksdemokratischen Ordnung oder auf die Säuberung des öffentlichen Lebens“ abzielten, für rechtmäßig erklärt. Und zwar ausdrücklich auch in denjenigen Fällen, „in denen sie sonst nicht im Einklang mit den entsprechenden Vorschriften stünden.“<sup>60</sup> Das Gesetz identifizierte die Beurlaubungen, die infolge der Säuberung verfügt worden waren, mit der Kündigung des Arbeitsverhältnisses, die ab dem 1. September 1948 gültig werden sollte. Alle Pflichten, Rechte und Ansprüche aus dem Dienstverhältnis betrachtete man – außer dem Anspruch auf Rentenversorgung – als erloschen. Als wichtig und für manche Betroffenen auch hoffnungsvoll erschien die Bevollmächtigung des Zentralen Aktionsausschusses, die getroffenen Maßnahmen, falls sie nicht den Schutz der volksdemokratischen Ordnung bzw. die Säuberung des öffentlichen Lebens bezweckt hatten, zu revidieren und „eventuelles Unrecht“ wiedergutzumachen.<sup>61</sup> Die zuständige Kommission des Zentralen Aktionsausschusses ließ jedoch keine Gnade, geschweige denn Gerechtigkeit walten: Von insgesamt etwa 4 800 behandelten Anträgen auf Berufung aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes wurde nur 65 stattgegeben. In weiteren 135 Fällen änderte zwar die Kommission die verfügte Maßnahme, doch aus der Bilanz geht nicht hervor, ob zum Besseren oder Schlimmeren.<sup>62</sup>

---

59 Vgl. Entwurf des Gesetzes „Über die Regelung etlicher Verhältnisse zum Schutze der öffentlichen Interessen“, undat.; der Entwurf war Verhandlungsgegenstand des Vorstandes des ZK der KPTsch am 30. 3. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 02/1, sv. 2, aj. 112; später wurde die Vorlage einigemal geändert.

60 Gesetz Nr. 213 vom 21. 7. 1948 über die Regelung etlicher Verhältnisse zum Schutz öffentlicher Interessen, in: Sbirka zákonů a nařízení republiky Československé [Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Tschechoslowakischen Republik], Teil 75 vom 8. 8. 1948.

61 Aufzeichnung über die Tagung der Kommission des Zentralen Aktionsausschusses der Nationalen Front für die Säuberung des öffentlichen Lebens, undat. (ca. 11.–30. 9. 1948), in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 27, aj. 194.

62 Abschlußbericht der Kommission für die Säuberung des öffentlichen Lebens beim Zentralen Aktionsausschuß der Nationalen Front, 12. 1. 1949, in: SÚA, AÚV KSČ, 02/1, sv. 27, aj. 194.

Der zahlenmäßige Gesamtumfang der Säuberungen in der Staatsverwaltung zwischen Februar und August 1948 ist bis heute nicht ganz klar; die mancherorts angegebenen Zahlen schwanken, und des öfteren beziehen sie sich offensichtlich auf unterschiedliche Personenkreise.<sup>63</sup> Bis Juni 1948, als die Hauptwelle der Säuberungen abebbte, wurden aus der öffentlichen Verwaltung ungefähr 28 000 Personen entfernt. Soweit es nur Staatsangestellte betrifft, war um die Jahreswende 1948/1949 von etwa 11 000 Entlassenen die Rede, also von ungefähr 1,5 Prozent der Gesamtzahl von 600 000. Bezogen nur auf die Staatsbeamten (ca. 150 000 Personen), die vermutlich vorrangig betroffen waren, machte diese Gruppe nur sieben Prozent aus.<sup>64</sup>

Mit den Säuberungen unmittelbar nach dem Februar 1948 endete jedoch bei weitem nicht der Prozeß der personellen Änderungen in der Staatsverwaltung. Er wurde fortgesetzt und sogar intensiviert, weil die KPTsch mit dem erreichten Stand unzufrieden war: Eben im Staatsapparat, meinte KP-Generalsekretär Slánský im Juni 1948, seien viele „fremde Elemente“ geblieben, die sich „angepaßt oder verkrochen“ hätten.<sup>65</sup> Zudem wandelte sich im Sommer 1948 das Verhältnis des neuen Regimes zu den Mittelschichten, aus denen sich nach wie vor der größte Prozentsatz der Staatsangestellten, besonders der Staatsbeamten, rekrutierte, grundsätzlich.

Im Januar 1947 formulierte die ZK-Tagung der KPTsch die künftige politische Strategie der Partei. Dabei wurde die Aufgabe, das „gesamte“ Volk zu gewinnen, als eine der „sehr ernstesten Etappen“ im Prozeß des friedlichen und „legalen“ Übergangs zum Sozialismus charakterisiert.<sup>66</sup> Im Hintergrund dieses Kurses standen nicht nur Wahlkalkulationen – die KPTsch hielt es zu dieser Zeit für möglich, bei den nächsten Wahlen eine absolute Mehrheit zu erkämpfen – sondern auch die Erwartung, daß es relativ einfach sein würde, die nicht-proletarischen Schichten, besonders die Mittelschichten, für den Aufbau des Sozialismus zu gewinnen: Die Leute, meinte ein ZK-Mitglied Ende 1946, würden sich „auch zum Besseren“ ändern, besonders wenn sie „in den optimistischen, begeisterten Aufbauwirbel unserer Parteiarbeit geraten“ und wenn man ihnen zudem die helfende Hand reichen würde.<sup>67</sup> Die „Gewinnung des Volkes“ bestand nicht nur darin, potentielle Wähler anzusprechen, sondern in einer programmatischen Öffnung der Partei für praktisch alle, die an einer Mitgliedschaft in der KPTsch interessiert waren. Das Werben von Mitgliedern wurde zum Gebot des Tages. In typisch kommunistischer Manier wurden Soll-Zahlen aufgestellt. Bereits im Jahre 1946 war beschlossen worden, in möglichst kurzer Zeit den Stand von eine Million Mitglieder zu erreichen, was Anfang 1947 tatsächlich gelang. Anfang 1948 erschien die Überschreitung der Zwei-Millionen-Grenze noch in demselben Jahr als realistisch. Wahre „Aufnahmeexzesse“

---

63 Die damalige Terminologie ging beispielsweise mit den Begriffen „öffentliche“ und „staatliche“ Verwaltung ziemlich willkürlich um.

64 Vgl. Karel Kaplan, *Nekrvavá revoluce [Unblutige Revolution]*, Praha 1993, S. 188. Angeblich handelte es sich um eine vollkommene Statistik, die lediglich die durch die Aktionsausschüsse vorgenommenen Eingriffe erfaßte. Von über 11 000 entlassenen Staatsangestellten sprach im Januar 1949 auch KP-Generalsekretär Slánský. Vgl. Exposé Slánskýs „Aufgaben der Kaderpolitik in der Staatsverwaltung“, 17. 1. 1949, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 6, aj. 80.

65 Rede Slánskýs auf der Tagung des ZK der KPTsch am 9. 6. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 01, sv. 5, aj. 18.

66 Abschlußrede Gottwalds auf der Tagung des ZK der KPTsch am 22.–23. 1. 1947, in: SÚA, AÚV KSČ, 01, sv. 3, aj. 14.

67 Rede J. Davids auf der Tagung des ZK der KPTsch am 25.–26. 11. 1946, in: SÚA, AÚV KSČ, 01, sv. 2, aj. 13.

brachen im Laufe der Februar-Krise 1948 und unmittelbar danach aus: Wer wollte, der wurde aufgenommen. Gruppenweise Aufnahmen waren offensichtlich keine Einzelercheinung. Ein Erfolg konnte unter diesen Umständen nicht ausbleiben: Anfang Februar 1948 hatte die KPTsch 1,51 Mio Mitglieder, im Juli waren es 1,9 Mio und bis Ende September wuchs diese Zahl bis auf 2,67 Mio.<sup>68</sup>

Im Juni 1948 schlug Generalsekretär Slánský Alarm: Mit der neuen Stellung wachse die Attraktivität der Partei, die einstige „natürliche Auswahl“ der Mitglieder funktioniere nicht mehr und es erhöhe sich somit die Gefahr ihrer Infiltration durch Karrieristen.<sup>69</sup> Slánský forderte deshalb, die Aufnahme neuer Mitglieder in die Partei einzuschränken und diejenigen zu überprüfen, die nach dem Februar in die KPTsch eingetreten waren. Der KP-Vorstand verbot resolut kollektive Werbungen, ordnete an, die Grundsätze der individuellen Aufnahme strengstens einzuhalten und entschied, zwischen dem 1. Oktober und dem 31. Dezember 1948 eine Überprüfung aller Parteimitglieder durchzuführen – der Termin wurde später bis zum 31. Januar 1949 verlängert.<sup>70</sup>

Vorbereitung sowie Verlauf der Parteüberprüfung wurden wesentlich durch die Aufnahme eines neuen ideologischen Schemas beeinflusst, nämlich der Stalinschen Theorie von der Verschärfung des Klassenkampfes. Die führenden Gremien der KPTsch beschäftigten sich seit Ende Juni 1948 mit der neuen strategischen Orientierung, und spätestens seit September wurde sie öffentlich als richtungweisende Linie der Parteipolitik kolportiert. Es wurden die Vorstellungen „mancher Genossen“ abgelehnt, daß man „mit dem Februar“ den „Klassenkampf“ hinter sich habe.<sup>71</sup> Die „Reaktion“ sei nämlich nicht „verschwunden“, sondern habe nur ihr Wesen geändert – sie sei in die Illegalität gegangen; aus einem politischen Gegner sei ein „direkter Feind, Konspirateur, Saboteur, Diversant, Terrorist, Attentäter“ geworden.<sup>72</sup> Aus dieser Sichtweise heraus ergab sich für die Partei die Aufgabe, die gewonnenen Positionen in der Gesellschaft weiter zu festigen, die „kapitalistischen Elemente“ zu verdrängen und allmählich zu liquidieren.<sup>73</sup> Wie Slánský verkündete, konnte der verschärfte Klassenkampf nicht ohne Konsequenzen in der Personalpolitik der staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltung bleiben. Aber der neue Kurs schloß nicht nur die Entfernung von „bewußten Saboteuren und Feinden des Regimes“ ein, sondern wandte sich auch gegen „unpolitische“ Fachleute, die die „Bedürfnisse der Gegenwart nicht begreifen“.<sup>74</sup> Slánský glaubte nicht, daß die traditionelle Beamtenschaft angesichts ihrer „klassenmäßigen“ und sozialen Zusammensetzung

---

68 Vgl. Aufzeichnung „Soziale Zusammensetzung der nach dem Februar 1948 aufgenommenen Mitglieder und die Ergebnisse der Parteüberprüfung 1948“, 11. 4. 1949, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 79, aj. 11 bzw. Diskussionsbeitrag M. Švermovás auf der Tagung des Vorstandes des ZK der KPTsch am 19. 7. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 02/1, sv. 2, aj. 128.

69 Rede Slánskýs auf der Tagung des ZK der KPTsch am 9. 6. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 01, sv. 5, aj. 18.

70 Vgl. Aufzeichnung über die Tagung des Vorstandes des ZK der KPTsch am 19. 7. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 02/1, sv. 2, aj. 128.

71 Rede Slánskýs auf der Beratung der KP-Bezirkssekretäre am 21.–23. 9. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 5, aj. 33.

72 Rede Gottwalds auf der Tagung des ZK der KPTsch am 17.–18. 11. 1948, in: Rudé právo vom 19. 11. 1948.

73 Rede Gottwalds auf der Tagung des ZK der KPTsch am 17.–18. 11. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 01, sv. 5, aj. 20.

74 Rede Slánskýs auf der Beratung der KP-Bezirkssekretäre am 21.–23. 9. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 5, aj. 33.

zung in der Lage gewesen wäre, den Willen der neuen Macht konsequent zu erfüllen. „Ich weiß nicht“, meinte er, „wie sich ein Herr Professor verhalten würde – und ich sage nicht, daß sie nicht aufrichtige Leute sind, es gibt viele gute unter ihnen – wenn er gegen Kulaken gehen müßte.“<sup>75</sup> In die Staatsverwaltung waren somit massiv „eigene, aus der Arbeiterklasse hervorgegangene Kader“ zu entsenden. Die KPTsch beschloß, die Herausbildung einer der sozialen Herkunft nach eigenen Staatsbeamtenschaft – wie auch der eigenen Intelligenz überhaupt – in Angriff zu nehmen.

Die These von der Verschärfung des Klassenkampfes war zwar in Moskau entwickelt worden, aus der Sicht der neuen Machthaber in den sich erst formierenden „Volksdemokratien“ kam sie jedoch wie auf Verlangen. Sie ermöglichte nämlich, die vorübergehende Koalition mit den Mittelschichten, die womöglich doch kein bloß taktisches Zwischenspiel in der Politik der KPTsch gewesen war, zu kündigen. Trotz versöhnlicher Gesten konnten die Partei sowie die von ihr repräsentierten Schichten ihr Mißtrauen den Mittelschichten gegenüber ohnehin nie ganz überwinden. Nach der Machtübernahme offenbarte sich zudem bald die Notwendigkeit, neue, von dem Regime sozial wie gesellschaftlich vollkommen abhängige Eliten zu formieren – dafür bot eben der Staatsdienst einen breiten Raum. Jedoch drohte die Bereitschaft der alten Beamtenschaft, ein Arrangement mit den neuen Verhältnissen zumindest in der Form loyalen Dienstes zu suchen, und somit in ihren Stellen bleiben zu können, die Inangriffnahme dieser Aufgabe aufzuschieben. Sie hinderte die neuen Machthaber gleichzeitig daran, die verschiedenartigen – politischen, sozialen, gesellschaftlichen oder beruflichen – Präntionen von Teilen ihrer Anhängerschaft relativ rasch zu befriedigen. Die offene Kritik aus den Parteireihen, Menschen mit einem „positiven Verhältnis“ zu der neuen Ordnung würden im Staatsapparat an untergeordneten bzw. gar Hilfsstellen „steckenbleiben“<sup>76</sup>, war zwar nicht besonders häufig, verriet aber dennoch gewisse Erwartungen. Die Partei war bereit, diesen Erwartungen um so mehr zu entsprechen, als sie ergebene und auch fähige Leute dringend brauchte. Für ein treues Engagement war man entschlossen, vieles anzubieten: Alle Genossen und Genossinnen sollten wissen, daß die Partei „von ihnen weiß, daß sie ihre Tätigkeit und Entwicklung verfolgt, daß sie für ihre Verteilung in das möglichst zusage Arbeitsmilieu sorgen wird, [...] daß sie ihre kulturelle, politische und fachliche Bildung betreuen und ihnen bei der Lösung ihrer sozialen Probleme behilflich sein wird.“<sup>77</sup> Die alles umfassenden, hilfsbereiten, aber gleichzeitig erstickenden Arme waren ausgestreckt.

Offiziell war das Ziel der Parteüberprüfung von 1948 die Erziehung aller Mitglieder und die Sicherung der Reinheit der Partei.<sup>78</sup> Um festgestellte Mängel beseitigen zu können, wurde ein ganzer Maßnahmenkatalog ausgearbeitet. Die härteste Sanktion war der Ausschluß aus der Partei, der diejenigen Personen treffen sollte, die aus „eigennützigem“ Beweggründen der KPTsch beigetreten waren, und weiter „parasitische“, „demoralisierende“, „zersetzende“ Tätigkeit leisteten bzw. solche „Elemente“, die durch ihr unehrliches Verhalten der Partei Schäden zufügten. Zu den neu eingeführten Maßnahmen gehörte die Streichung aus den Listen der Partei, die bei Personen angewandt werden sollte, die unter Druck in die Partei ein-

---

75 Ebd.

76 Resolutionen und Unterlagen zur Tagung des ZK der KPTsch am 17.–18. 11. 1948, Vacek an Geminder, undat., in: SÚA, AÚV KSČ, 01, sv. 5, aj. 20.

77 Exposé „Zu den Fragen der Kaderarbeit“, 8. 6. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 200, aj. 1275.

78 Beschluß des Vorstandes des ZK der KPTsch über die Überprüfung aller Mitglieder, 19. 7. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 02/1, sv. 2, aj. 128.

getreten waren. Zu den traditionellen Erziehungsmitteln wie Verweis bzw. Warnung, trat ein neues hinzu und zwar die Rückversetzung in den Kandidatenstand.<sup>79</sup> Dem Überprüfungsverfahren wurde von Anfang an ein unterschiedliches Herangehen an ganze soziale bzw. Berufsgruppen innerhalb der Mitgliederbasis zugrunde gelegt: Staatsangestellte, Bauern und Gewerbetreibende. Es sollte ausdrücklich zwischen Arbeitern und den Angehörigen der anderen Klassen und Schichten unterschieden werden, und zwar vor allem im Falle derjenigen Parteigenossen, die nach dem 25. Februar 1948 in die Partei aufgenommen worden waren. Bei diesen sollten vor allem ihre Beweggründe für den Eintritt sowie das dabei angewandte Aufnahmeverfahren untersucht werden.<sup>80</sup> Bei der oben erwähnten Sanktion, der Rückversetzung in den Kandidatenstand, wurde für Arbeiter eine einjährige Bewährungsfrist festgelegt; für Angehörige der übrigen sozialen Gruppen jedoch eine zweijährige. Um eventuelle Unklarheiten zu zerstreuen, gab der ZK-Vorstand im August 1948 eine interne Anweisung heraus, nach dem etwa bis zu 80 Prozent der Parteimitglieder aus den Reihen der Staatsbeamten, die nach dem Februar 1948 in die Partei eingetreten waren, in den Kandidatenstand überführt werden sollten – das zunehmende Mißtrauen dieser Berufsgruppe gegenüber wurde mehr als deutlich. Dies wurde auch durch die Tatsache unterstrichen, daß für die Ministerien und Zentralämter besondere Kommissionen des ZK-Sekretariats errichtet wurden, die die Kommunisten in hohen Beamtenstellen überprüfen.<sup>81</sup>

Die These von der Verschärfung des Klassenkampfes sowie die Furcht der Führung vor der Durchdringung der Partei mit „verdächtigen“ Elementen akzeptierte die Mitgliederbasis offensichtlich eher halbherzig. Wie die Zwischenauswertung der Parteiüberprüfung zum 31. Dezember 1948 zeigte, verlief die Überprüfung zunächst in einem eher kollegialen oder nachbarlichen Geist: Der Prozentsatz der ausgeschlossenen und gestrichenen Mitglieder betrug im Durchschnitt 0,6 bzw. 0,9 Prozent, was ein Ergebnis war, das das ZK-Sekretariat als „winzig“ bezeichnete.<sup>82</sup> Auch den Prozentsatz der in den Kandidatenstand zurückversetzten Mitglieder – 7,6 Prozent (bei Arbeitern) bzw. 6 Prozent (bei den übrigen sozialen Schichten) – hielt man für „zu niedrig“. Vor allem die letztgenannte Angabe erweckte in der Zentrale Unmut, denn sechs Prozent entsprachen nämlich in absoluten Zahlen etwa 160 000 Personen, während sich die Zahl der seit dem Februar 1948 aufgenommenen Mitglieder auf etwa 1,15 Mio belief – unter diesen, setzte das Sekretariat voraus, sei eine „hohe Zahl“ an Beamten, Bediensteten und Gewerbeleuten.<sup>83</sup> Eine genaue Aufschlüsselung, die einige Wochen später vorgenommen wurde, wies tatsächlich ungefähr 319 000 Beamte, Gewerbeleute, Studenten und Angehörige der sogenannten freien Berufe auf, die nach dem Februar 1948 in die Partei aufgenommen worden waren; zusammen mit den Bediensteten handelte es sich um beinahe 400 000 Personen.<sup>84</sup> Möglicherweise hatte die Kritik des Sekretariats eine nachträg-

---

79 Ebd.

80 Vgl. Rede Slánskys auf der Tagung des ZK der KPTsch am 17.–18. 11. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 01, sv. 5, aj. 20.

81 Vgl. Aufzeichnung der Tagung des Vorstandes des ZK der KPTsch am 4. 10. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 02/1, sv. 3, aj. 135.

82 Brief des ZK-Sekretariats an Bezirksausschüsse, 22. 1. 1949, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 8, aj. 140.

83 Ebd.

84 Vgl. Aufzeichnung „Soziale Zusammensetzung der nach dem Februar 1948 aufgenommenen Mitglieder und die Ergebnisse der Parteiüberprüfung 1948“, 11. 4. 1949, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 79, aj. 11. In der Aufstellung machte sich jedoch bereits die Tendenz bemerkbar, Bedienstete gemeinsam mit Arbeitern aufzuweisen.

liche Verschärfung der Überprüfung zur Folge, denn ihre endgültige Auswirkung war doch härter als die Zahlen vom Januar andeuteten. Insgesamt wurden 71 511 bzw. 29 330, also 100 841 Personen (ca. 3,1 bzw. 1,3 Prozent) ausgeschlossen und gestrichen.<sup>85</sup> 522 685 Parteimitglieder wurden in den Kandidatenstand zurückversetzt – 292 000 von ihnen auf zwei und 230 000 auf ein Jahr. Vom Zuwachs nach dem Februar 1948 seien, so die Schätzung der Parteistatistiker, nur ungefähr 270 000 Mitglieder also etwa ein Viertel übriggeblieben, angeblich durchweg Arbeiter.<sup>86</sup>

Im Bericht über die Überprüfung, den Generalsekretär Slánský im April 1949 der Parteiführung vorlegte, wurden ihre Ergebnisse als „befriedigend“ bezeichnet.<sup>87</sup> Es tauchte doch ein „Anlaß zum Nachdenken“ auf, und zwar über die soziale Zusammensetzung der Mitgliederbasis der Partei. Es war nicht zum erstenmal, daß diese Frage auf die Tagesordnung der obersten Parteigremien gelangte. Im Juli 1948 machte sich der Parteivorstand mit den Ergebnissen einer internen Statistik bekannt, der gemäß von den etwa 1,9 Mio. Parteimitgliedern „nur“ 8,9 Prozent Beamte waren, was verglichen mit dem Stand vor dem Februar 1948 einen Zuwachs von 3,3 Prozent ausmachte. Die Angaben riefen damals praktisch keine Aufmerksamkeit hervor.<sup>88</sup> Slánskýs Bericht zeigte dagegen im Kontext der mittlerweile verbindlichen „Lehre“ von der Verschärfung des Klassenkampfes einen eher beunruhigenden Zustand: Während der Anteil der Arbeiter etwa 38 Prozent betrug und eine leicht sinkende Tendenz aufwies (konkrete Angaben liegen nicht vor), stieg der Prozentsatz der Gewerbeleute, Bauern und auch Beamten seit Juli 1948 um 4,8 auf insgesamt 13,7 Prozent, was in absoluten Zahlen ein Anstieg von 175 000 auf 315 000 Personen bedeutete. Die Parteiführung beschloß deshalb, die Überprüfung faktisch fortzusetzen: Bei Beamten und Gewerbeleuten, die in den Kandidatenstand zurückversetzt worden waren (insgesamt etwa 300 000 Personen), sollten bei der Rückführung in den Mitgliederstand „sehr strenge Maßstäbe“ angewandt werden. Sobald die Bewährungsfrist verstrichen sei, so kündigte Slánský an, „werden wir streng überprüfen“ und wo man feststelle, daß der Betreffende ein lässiges Verhältnis der Partei gegenüber habe, „werden wir ausschließen, streichen“.<sup>89</sup> Obwohl keine einschlägigen Angaben vorhanden sind, kann man annehmen, daß dieses strikte Vorgehen

---

85 Ebd. Die später veröffentlichten offiziellen Angaben waren etwas höher (76 638 ausgeschlossene bzw. 30 495 gestrichene, insgesamt 107 133 Personen), was höchstwahrscheinlich damit zusammenhing, daß im April noch nicht alle Fälle zu Ende geführt worden waren. Vgl. *Dějiny Komunistické strany Československa*, S. 543.

86 Vgl. Beschluß des Vorstandes des ZK der KPTsch über den Umtausch der Parteidokumente und Überprüfung aller Parteimitglieder, 26. 6. 1950, in: SÚA, AÚV KSČ, 02/1, sv. 20, aj. 229. Im Rückgang der Parteibasis war auch die sogenannte administrative Abnahme (unangemeldete Sterbefälle, Austritte aus der Partei, doppelte Registration usw.) in der Gesamthöhe von 268 000 Personen enthalten.

87 Vgl. Bericht über die Ergebnisse der Überprüfung, vorgelegt auf der Tagung des Vorstandes des ZK der KPTsch am 20. 4. 1949, in: SÚA, AÚV KSČ, 02/1, sv. 10, aj. 173. Slánský behauptete jedoch irrtümlich, es seien 106 000 bzw. 107 000 Mitglieder (insgesamt 8 Prozent) ausgeschlossen oder gestrichen worden.

88 Vgl. Referat M. Švermovás auf der Tagung des Vorstandes des ZK der KPTsch am 19. 7. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 02/1, sv. 2, aj. 128.

89 Vgl. Slánskýs Bericht über die Ergebnisse der Überprüfung, vorgelegt auf der Tagung des Vorstandes des ZK der KPTsch am 20. 4. 1949, in: SÚA, AÚV KSČ, 02/1, sv. 10, aj. 173. Die genaue Angabe war 13,9 Prozent, einschließlich Lehrer. Vgl. Aufzeichnung „Soziale Zusammensetzung der nach dem Februar 1948 aufgenommenen Mitgliedschaft und die Ergebnisse der Parteiüberprüfung 1948“, 11. 4. 1949, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 79, aj. 11.

eine der Hauptursachen der Abnahme der Mitgliederbasis der Partei von 2,3 Mio im April 1949 auf ungefähr 1,9 Mio. im Herbst 1950 war.<sup>90</sup> Auf die Einschränkung des Zulaufs von Mitgliedern aus den nichtproduktiven Schichten und folglich auf die Aufbesserung des sozialen Profils der Partei zielte auch der Beschluß der Parteiführung ab, das allgemeine Aufnahmeverbot, das bereits im Dezember 1948 verhängt worden war, bis auf Ausnahmen – Arbeiter in bestimmten Berufen bzw. Stoßarbeiter – zu verlängern.

Als Slánský im April 1949 über die Ergebnisse der abgelaufenen Überprüfung referierte, war bereits eine neue Überprüfung beschlossen, die gemeinsam mit dem Umtausch der Parteibücher Ende 1950 stattfinden sollte. Das deklarierte Ziel war, jedes Mitglied und jeden Kandidaten nach dem zu beurteilen, was er für die Partei seit der Überprüfung von 1948 geleistet hatte und wie er „mit seiner Arbeit täglich seine Beziehung zur Partei unter Beweis stellt“.<sup>91</sup> Der Tenor war immer derselbe: In der Partei gebe es viele Leute, die hier nichts zu suchen hätten, ja sogar Feinde, die sich mit dem Parteibuch tarnen würden.<sup>92</sup> Im Unterschied zum grundsätzlich positiven Urteil Slánskýs vom April 1949 wurde die vorherige Überprüfung nunmehr eher kritisch bewertet; es wurden Worte laut über mangelnden Mut zur offenen Kritik, über Wohlwollen und Nachlässigkeit. Diesmal, so die klare Warnung, würde die Überprüfung „strenger und konsequenter“ durchgeführt werden.<sup>93</sup>

Im Gegensatz zu der Überprüfung von 1948 enthielten die Richtlinien diesmal keine meritorischen Bestimmungen hinsichtlich einiger sozialer bzw. beruflicher Gruppen. Beispielsweise wurde die Regel aufgehoben, der gemäß Arbeiter, die in den Kandidatenstand zurücker versetzt wurden, eine einjährige Bewährungsfrist, die „übrigen“ aber eine von zwei Jahren hatten. Die Frist konnte jedoch individuell festgelegt werden, was den Überprüfungskommissionen einen breiten Raum für eine unterschiedliche Behandlung der Parteimitglieder eröffnete.<sup>94</sup> Infolge der Überprüfung von 1950 wurden insgesamt 169 544 Personen aus der Partei ausgeschlossen oder gestrichen (143 590 bzw. 25 954), d. h. etwa 9 Prozent der Gesamtmitgliedschaft. Slánskýs Drohung, mit Strenge und Konsequenz vorzugehen, erwies sich nicht als leer: Etwa 70 000 Personen mehr als 1948 mußten 1950 die Partei verlassen. Über ihre soziale Zusammensetzung konnten keine Angaben gefunden werden, ebensowenig wie über die soziale Struktur der Partei, die Anfang 1951 insgesamt 1,74 Mio Mitglieder und Kandidaten aufwies, also fast eine Million weniger als im September 1948.<sup>95</sup>

---

90 Vgl. Aufzeichnung „Übersicht über den Verlauf der Überprüfung“, 9. 2. 1951, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 11, aj. 79. Selbst die Partei war sich über die genaue Zahl ihrer Mitglieder nicht ganz im klaren. Die Angaben schwanken zwischen 2,02 Mio (hier inklusive näher nicht spezifizierte „besondere Bestandteile“ in der Höhe von 109 000 Personen) und 1,85 Mio Vgl. Exposé „Stand der Überprüfung aufgrund der Meldung der Bezirke“, 2. 1. 1951, in: ebda bzw. *Dějiny Komunistické strany Československa*, S. 573.

91 Beschluß des Vorstandes des ZK der KPTsch über den Umtausch von Parteibüchern und die Überprüfung aller Parteimitglieder, 26. 6. 1950, in: SÚA, AÚV KSČ, 02/1, sv. 20, aj. 229.

92 Referat Švermovás auf der Tagung des Vorstandes des ZK der KPTsch am 26. 6. 1950, in: SÚA, AÚV KSČ, 02/1, sv. 20, aj. 229.

93 Beschluß des Vorstandes des ZK der KPTsch über den Umtausch von Parteibüchern und die Überprüfung aller Parteimitglieder, 26. 6. 1950, in: SÚA, AÚV KSČ, 02/1, sv. 20, aj. 229.

94 Ebd.

95 Vgl. Aufzeichnung „Übersicht über den Verlauf der Überprüfung“, 9. 2. 1951, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 11, aj. 79. Es tauchte auch eine niedrigere Angabe in der Höhe von 1,66 Mio auf. Vgl. *Dějiny Komunistické strany Československa*, S. 573.

Nach der Machtübernahme im Februar 1948 bot sich der KPTsch eine reale Möglichkeit, endlich ihre Vorstellungen über eine grundsätzliche Reform der Staatsverwaltung zu realisieren, die die Partei in groben Zügen bereits in den Jahren 1946–1947 skizziert hatte. In erster Linie ging es darum, die Gesamtstruktur der Staatsverwaltung sowie ihre Aufgabenbereiche und Kompetenzen ihrer einzelnen Glieder an die Bedürfnisse des neuen Regimes anzupassen. Diesem Schritt sollten jedoch viele andere folgen. Wie in den Jahren 1946–1947 dachte die KPTsch daran, die Administration zu vereinfachen und somit ihre Effektivität zu erhöhen, sowie an eine nicht näher spezifizierte Änderung des Verwaltungsstils überhaupt – dies alles wurde zu dem bisweilen allgegenwärtigen Begriff „Entbürokratisierung“ zusammengefaßt.<sup>96</sup> Die Realität sah allerdings viel nüchterner aus. Außer der Gebietsreform auf der mittleren Ebene der Staatsverwaltung, d. h. dem Übergang von der Landes- zur Bezirksordnung im Jahre 1949, wurde das spezifische Staatsangestelltenrecht, das der KPTsch bereits früher ein Dorn im Auge gewesen war, abgebaut. Weitere Schritte erschöpften sich in einmaligen, minimal durchdachten und unvorbereiteten Kampagnen für die Verringerung der Anzahl der Beamten: Im November 1948 entschied die Regierung, die Zahl der Angestellten in der Staatsverwaltung um 33 000 und im Juni 1951 um weitere 77 500 zu senken. Das deklarierte Ziel jedoch, die Amtshandlungen zu vereinfachen und auf diesem Weg Voraussetzungen für die weitere Reduktion des Beamtenapparats zu schaffen, wurde nicht nur nicht erreicht, sondern umgekehrt: Wie man 1952 kritisch feststellte, gelang es nicht einmal, das Anwachsen der Administration einzustellen.<sup>97</sup> Im Jahre 1953 zählte man in den Ministerien und Zentralämtern sogar 25 Prozent Angestellte mehr als 1950.<sup>98</sup>

Obwohl die Bemühungen, die Zahl der Staatsangestellten herabzusetzen, ihr eigentliches Ziel, d. h. die Reduktion besonders des Beamtenapparats, nicht erfüllten, kann man annehmen, daß sie neben der Säuberung nach dem Februar 1948 ein wichtiges Instrument der Formierung der politischen und sozialen Struktur der Beamtenschaft bildeten. Leider ermöglichen es die erreichbaren statistischen Angaben nicht, den Umfang sowie die Dynamik dieser beiden Prozesse – sei es in der gesamten Staatsverwaltung oder nur in ihren zentralen Organen – auszuwerten. Als der zeitlich sehr anspruchsvolle, aber einzige Weg erschien die Rekonstruktion und Auswertung dieser Veränderungen innerhalb der einzelnen Ressorts zu sein. Wie das folgende Beispiel des Außenministeriums zeigt, gelang es aber auch auf diese Weise nicht, ein komplexes und verlässliches Bild von den dortigen personalpolitischen Prozessen zu entwerfen.

Der Personalstand des Außenministeriums betrug zum 1. Februar 1948 1 243 Personen, von denen 569 (45,7 Prozent) bereits in der Ersten Republik hier ihren Dienst getan hatten und 674 (54,3 Prozent), die in den Jahren 1945–1948 eingestellt worden waren. Bis zum 1. Januar 1951 verließen 850 Angestellte (beinahe 70 Prozent) das Ressort, etwa die Hälfte davon (418) bildeten Angestellte aus der Zwischenkriegszeit, dagegen wurden 768 Personen aufgenommen, davon jedoch 148 wieder entlassen. Zum 1. Januar 1951 hatte das Ministeri-

---

96 Vgl. Aufzeichnung über die Tagung des erweiterten Vorstandes des ZK der KPTsch am 21. 2. 1949, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 50, aj. 388 bzw. Rede Gottwalds auf dem 9. Parteitag der KPTsch am 25.–29. 5. 1949, in: Protokol 9. řádného sjezdu Komunistické strany Československa [Protokoll des 9. ordentlichen Parteitages der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei], Praha 1949, S. 102.

97 Vgl. Aufzeichnung der Kadersektion des Außenministeriums, 31. 3. 1952, in: Archiv Ministerstva zahraničních věcí [Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, im folgenden AMZV], kádrový odbor 1945–54 [Kaderabteilung, in folgendem KO], Karton 38, Mappe 3.

98 Kaplan, Nekrvavá revoluce, S. 211.

um 1 013 Angestellte. Beinahe 63 Prozent von ihnen waren nach dem Februar 1948 eingestellt worden; die Mitarbeiter aus der Ersten Republik bildeten nur knappe 15 Prozent.<sup>99</sup> Was die soziale Herkunft der Belegschaft zu diesem Zeitpunkt betraf, gehörten 360 Angestellte, d. h. etwa 35 Prozent, zu den sogenannten Arbeiterkadern. Das war aus der Sicht des Regimes eine bedeutende Verbesserung im Vergleich zum Stand vor dem Februar 1948, wo die Statistik nur 45 ehemalige Arbeiter bzw. Personen mit Arbeiterherkunft, d. h. nicht einmal 4 Prozent aufgewiesen hatte.<sup>100</sup> Die Zahlen deuten die Tendenz zur Verdrängung der Angestellten aus der Ersten Republik an, die die am meisten betroffene Gruppe darstellten, was offensichtlich teilweise auch auf ihre Altersstruktur zurückzuführen ist. Trotz aller ideologisch motivierten Anstrengungen war jedoch das Regime nicht imstande zu gewährleisten, daß die in das Ministerium neu aufgenommenen Kräfte nur der Arbeiterklasse entstammten – unter den in den Jahren 1948–1950 eingestellten Mitarbeitern machten sie höchstens die Hälfte aus. Die Anfang 1951 festgestellte soziale Struktur entsprach augenscheinlich nicht den Vorstellungen, und deshalb wurde die Absicht formuliert, den Anteil der Arbeiterkader im Laufe des Jahres 1951 im gesamten Ressort auf etwa 45 Prozent zu erhöhen.<sup>101</sup> Ob man dieses Ziel tatsächlich erreichen konnte, muß vorläufig unbeantwortet bleiben, weil vergleichbare Daten für den darauffolgenden Zeitraum bisher noch nicht gesammelt werden konnten.

Ebenso wie in der gesamten Staatsverwaltung begann der Prozeß schneller und umfangreicher Personalveränderungen bereits im Februar 1948. Das Ressort bildete jedoch zunächst gewissermaßen eine Ausnahme, weil der parteilose Minister Masaryk nicht zu denjenigen Regierungsmitgliedern gehörte, die demissioniert hatten, und selbst die Kommunisten rechneten damit, daß er zumindest vorübergehend an der Spitze des Außenministerium bleiben würde. Trotz dieser Kontinuität in der Person des Ministers entstand im Außenministerium ein Aktionsausschuß, der willkürlich erste Personaleingriffe vornahm. Am 27. Februar entschied der Ausschuß, 58 leitende Mitarbeiter sofort aus dem Dienst zu entfernen, weitere acht wurden an „weniger verantwortliche Stellen“ versetzt.<sup>102</sup> Die Posten der Chefs aller Hauptabteilungen wurden neu besetzt, wenn auch aus Mangel an erfahrenen Leuten nicht nur mit Kommunisten.<sup>103</sup> Die nächste Welle von Personalveränderungen setzte nach dem Tod des Ministers Masaryk am 10. März ein, obwohl sie offensichtlich in keinem direkten Verhältnis zu diesem traurigen Ereignis stand. Es gibt nämlich keine Belege dafür, daß sich Masaryk den durchgeführten Eingriffen widersetzt hätte bzw. daß die Kommunisten beabsichtigt hätten, auf seine Standpunkte in personalpolitischen Fragen Rücksicht zu nehmen. Vielmehr bietet sich die Vermutung an, daß die KP-Führung in dieser Angelegenheit ganz einfach aus Zeitgründen nicht früher handelte.

Am 15. März widmete sich der KP-Parteivorstand der Problematik des auswärtigen Dienstes und beschloß, beim Sekretariat des ZK eine besondere Kommission für Personalfragen

---

99 Vgl. Plan der Kaderarbeit im Außenministerium für das Jahr 1951, Anlage Nr. 4, 21. 12. 1950, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 59, aj. 463.

100 Ebd.

101 Ebd.

102 Von den bekannteren Namen figurierten hier: I. Ducháček, F. Hodža, V. Paleček, A. Mamatey, P. Stránský, P. Maxa a J. Chmelář. Alle 58 wurden beurlaubt, bei 14 rechnete man mit einer Entlassung, 25 sollten im Bedarfsfall anderen Ressorts zur Verfügung gestellt und 19 pensioniert werden. Vgl. Bericht über die Sitzung des Aktionsausschusses im Außenministerium am 27. 2. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/3, sv. 2, aj. 5.

103 Ebd.

im Außenministerium einzurichten, die sich mit der Besetzung von Schlüsselfunktionen in diesem Bereich beschäftigen sollte. Ihre erste Aufgabe war, innerhalb von einer Woche neue Gesandte und Botschafter vorzuschlagen.<sup>104</sup> Die Kommission, der KP-Generalsekretär Slánský, der Minister für Informationen Václav Kopecký, der ehemalige Staatssekretär (seit dem 18. März Außenminister) V. Clementis sowie der Chef der politischen Sektion des Außenministeriums und spätere stellvertretende Außenminister, Vladimír Borek, und der Leiter der internationalen Abteilung beim Sekretariat des ZK, Bedřich Geminder, angehörten, schuf noch eine Subkommission. In diesem sogenannten „Dreier-Komitee“ waren Geminder, Borek und der spätere stellvertretende Außenminister Vavro Hajdů tätig. Die Aufgabe dieser Kommission bestand darin, Ernennungen für mittlere und niedrigere Funktionen im diplomatischen Dienst vorzubereiten; später genehmigte sie auch alle Dienstreisen ins Ausland.<sup>105</sup> Am 22. März billigte der ZK-Vorstand die Ernennung von zwölf Botschaftern und Gesandten (u. a. Moskau, Paris, Washington, UNO), wodurch die Positionen des neuen Regimes in den Auslandsvertretungen wesentlich gestärkt werden sollten.<sup>106</sup> Mittlerweile wuchs der Anteil der KPTsch an den leitenden Funktionen auch im Außenministerium an. Gegen Ende März waren von sieben Hauptabteilungsschefs drei Kommunisten (bis dahin nur einer); von 47 Abteilungsleitern besaßen nunmehr 25 das KP-Parteibuch (früher lediglich fünf).<sup>107</sup>

Der weitere Verlauf der Säuberung im Außenministerium konnte in Einzelheiten nicht rekonstruiert werden. Zur Spezifik des auswärtigen Dienstes gehörte die hohe Zahl an Amtsniederlegungen, besonders in den Auslandsvertretungen. Manche Spitzendiplomaten lehnten es öffentlich ab, dem neuen Regime zu dienen. Ein Bericht vom Juni 1948 führte insgesamt 136 Angestellte des Außenministeriums aller Dienstränge an, die auf ihre Ämter verzichteten, u. a. 23 Botschafter und Gesandte sowie 10 Generalkonsuln.<sup>108</sup> Bis zum November 1948 verließen 490 Angestellte das Außenministerium bzw. wurden aus dem Ressort entfernt, das entsprach ungefähr 40 Prozent des Standes vom 1. Februar 1948.<sup>109</sup> Weitere 360 Mitarbeiter, die vor dem Februar 1948 im Außenministerium tätig gewesen waren (d. h. ca. 29 Prozent des Standes vom 1. 2. 1948), verließen den Dienst in den folgenden zwei Jahren bzw. waren gezwungen, ihn zu verlassen. Hinzu kamen noch 148 entlassene Angestellte, die erst nach dem Februar 1948 in das Außenministerium eingestellt worden waren. Diese späteren personalpolitischen Prozesse, die, soweit es ihren zahlenmäßigen Umfang betraf, das Ausmaß der

---

104 Vgl. Aufzeichnung über die Tagung des Vorstandes des ZK der KPTsch am 15. 3. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 02/1, sv. 2, aj. 109.

105 Vgl. Aufzeichnung über die Sitzung der Kommission beim Vorstand des ZK für Personalfragen im Außenministerium am 18. 3. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/3, sv. 2, aj. 5. S. a. Artur London, Doznání. V soukolí pražského procesu. Praha 1969, S. 38.

106 Vgl. Aufzeichnung über die Tagung des Vorstandes des ZK der KPTsch am 22. 3. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 02/1, sv. 2, aj. 111.

107 Vgl. Aufzeichnung des ZK-Sekretariats „Stellung der KPTsch in den leitenden Funktionen in den Zentralämtern“, 23. 3. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 18, aj. 303.

108 Vgl. Aufzeichnung der internationalen Abteilung des ZK-Sekretariats, 25. 6. 1949, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/3, sv. 2, aj. 5. Von den bekannten Namen waren es beispielsweise J. Kolovrat-Krakovský (Ankara), F. Dastich (Tschechoslowakische Militärmission Berlin), S. Ingr (Den Haag), J. Papánek (UNO), J. Paulfny-Tóth (Rom), E. Táborský (Stockholm), J. Slávik (Washington).

109 Vgl. Kaplan, Nekrvavá revoluce, S. 213; die Angabe, allerdings als annähernde, taucht auch im Brief an Gottwald auf, in dem V. Clementis seine Tätigkeit im Außenministerium verteidigte. Vgl. Clementis an Gottwald, 15. 4. 1950, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/24, sv. 103, aj. 1203.

Säuberung von 1948 erreichten, waren in erster Linie die Nebenfolge der Versuche um den Abbau des Staatsapparates.

Im Dezember 1948 beschloß die Regierung, 33 000 Staatsangestellte in die Produktion zu überführen; auf das Außenministerium entfielen 80 Personen. Die Absicht rief hier einen gewissen Unmut hervor, denn die Maßnahme, so die Schlußfolgerung der Leitung des Ministeriums, würde die „kritische Personallage“ noch verschlimmern. Das Ressort verlangte deshalb dieselbe „privilegierte“ Stellung, wie sie das Verteidigungs- und Innenministerium hatten, auf die sich die Verminderung der Angestelltenzahl aus „politischen Gründen“ nicht bezog.<sup>110</sup> Es steht jedoch nicht fest, ob es dem Außenministerium tatsächlich gelang, seinen Standpunkt zur Geltung zu bringen. Möglicherweise nicht, denn die Mitarbeiterzahl im Ressort sank weiter.

Die zweite Reduzierung des Staatsapparats im Jahr 1951 traf das Ministerium in einer womöglich noch kritischeren Lage, weil die Zahl seiner Angestellten zum 1. 1. 1951 um etwa 200 niedriger lag als Ende 1948. Seit Januar 1951 kam es zu einer Welle von Verhaftungen, die besonders die höheren Dienstränge betrafen. Sie stellten den Prolog zu den politischen Prozessen der Jahre 1952–1953 dar – zu den ersten Betroffenen gehörten Außenminister Clementis und sein persönlicher Sekretär. Bald kamen seine Stellvertreter Artur London und V. Hajdů hinzu, in kurzer Zeit folgten ihnen viele andere. Von den insgesamt 77 500 administrativen Mitarbeitern, die laut Plan abgebaut werden sollten, entfielen auf das Außenministerium 104. Offensichtlich unter Aufbietung aller Kräfte konnte das Amt erreichen, daß 86 Angestellte den Dienst verließen. Die Berufung des Ministeriums auf nicht näher spezifizierte „besondere politische Gründe“ wurde schließlich akzeptiert, zumal die auferlegten Quoten in einigen anderen Ressorts leicht übertroffen wurden und die angestrebte Gesamtsumme somit doch erreicht wurde.<sup>111</sup>

Einen kaum genau quantifizierbaren, aber nicht zu leugnenden Einfluß auf den Personalbestand des Außenministeriums übten auch die beiden Parteiüberprüfungen von 1948 und 1950 aus. Der Grund für die Unsicherheit beim Bestimmen ihrer Dimensionen liegt darin, daß zum einen keine Angaben über die Ergebnisse der Überprüfung in den Auslandsvertretungen vorhanden sind. Zum anderen kann nicht eindeutig gesagt werden, was für einen Einfluß die parteiinterne Bewertung auf die berufliche Karriere hatte, weil es keine verbindlichen Vorschriften gab, die die Ergebnisse der Überprüfung direkt in das arbeitsrechtliche Verhältnis projiziert hätten. Insgesamt wurden im Außenministerium – ohne Auslandsvertretungen – 505 KP-Mitglieder überprüft, was übrigens verrät, daß die Mehrheit der Mitarbeiter der Behörde, ungefähr 80 Prozent, zu diesem Zeitpunkt bereits in der KPTsch organisiert war. 266 Mitarbeiter kamen anstandslos oder mit unbedeutenden Vorbehalten durch, also knapp über die Hälfte, 180 wurden mit der zweijährigen und 44 mit der einjährigen Frist in den Kandidatenstand zurückversetzt.<sup>112</sup> Sechs Mitglieder wurden gestrichen und ein einziger ausgeschlossen. Von den 59 höheren Funktionären des Ministeriums, die von der Sonderkommission des ZK-Sekretariats überprüft wurden, kamen 44 Personen durch, 13 wurden in den Kandidatenstand zurückversetzt, und zwar mit der einjährigen Frist. Nur einer wurde

---

110 Vgl. Aufzeichnung des Außenministeriums, 17. 12. 1948, in: AMZV, generální sekretariát-kabinet [Generalsekretariat-Kabinett], Karton 95.

111 Vgl. Aufzeichnung der Kadersektion des Außenministeriums, 31. 3. 1952, in: AMZV, KO, Karton 38, Mappe 3. Insgesamt seien 80 302 administrative Mitarbeiter abgebaut worden.

112 Im ersten Fall ging es um Beamte, im zweiten um Hilfspersonal.

gestrichen und niemand ausgeschlossen.<sup>113</sup> Während man vermuten kann, daß über die berufliche Karriere der gestrichenen sowie der aus der Partei ausgeschlossenen Mitarbeiter praktisch automatisch entschieden wurde, war das Schicksal derjenigen, die in den Kandidatenstand versetzt wurden, nicht so eindeutig. Es besteht eine begründete Annahme, daß sich unter den fast 400 Personen, die in den Jahren 1949–1950 aus dem auswärtigen Dienst entfernt wurden, auch einstige Parteigenossen befanden, die den Bedingungen der Bewährungsfrist nicht genügten, deswegen in die Partei nicht wieder aufgenommen und folglich aus dem Außenministerium entlassen wurden. Sicher versetzte man diejenigen Mitarbeiter, die bei den Überprüfungen bestimmte Probleme hatten, auf weniger verantwortliche und untergeordnete Stellen. Außerdem ist zu vermuten, daß sich der Prozeß der Verdrängung von Nichtkommunisten aus leitenden Funktionen fortsetzte: Eine vorläufig nicht näher feststellbare, jedenfalls „in politischer Hinsicht bessere Besetzung der Schlüsselpositionen“ sei bei Reorganisationen des Außenministeriums erreicht worden, die Anfang 1949 und Anfang 1950 stattfanden.<sup>114</sup>

Es ist in der Regel viel einfacher, einen fachlich fähigen Mitarbeiter etwa aus politischen Gründen loszuwerden als für seine Stelle einen gleichwertigen Ersatz zu gewinnen. Diese Binsenweisheit lernten verantwortliche Kaderreferenten bald persönlich kennen. Die Ergebnisse der ersten zwei Jahre der kommunistischen Personalpolitik im Außenministerium stimmten bedenklich: Obwohl Arbeitskräfte dringend benötigt wurden, sank die Angestelltenzahl in den Jahren 1948–1949 um mehr als 300, also um ein Viertel, auf ungefähr 900.<sup>115</sup> An geeigneten Kandidaten mangelte es generell; doch war die Lage bei Bewerbern proletarischer Herkunft womöglich noch schlimmer. Erfüllten sie die Kriterien der sozialen Herkunft, so mußten sie den hohen politisch-ideologischen Ansprüchen nicht automatisch entsprechen. Als eine Hürde erwiesen sich auch fachliche bzw. intellektuelle Anforderungen, selbst dann, wenn man tunlichst versuchte, die „Latte“ herabzusetzen. Ein allgemeines Problem war, daß es zu dieser Zeit in der Tschechoslowakei keine Bildungseinrichtung gab, die Karrierediplomaten geschult hätte und deren Infrastruktur und Erfahrungen man unter den Bedingungen des akuten Bedarfs hätte nutzen können. Im Jahre 1948 bereitete das Außenministerium zwar einen Entwurf zur Errichtung des Studiums der Diplomatie vor. Dieser wurde jedoch als eine spezialisierte Erweiterung der Hochschulbildung konzipiert, wofür das Regime recht wenig Interesse zeigte. Hochschulabsolventen aus Arbeiter- bzw. Bauernschichten gab es vorläufig immer noch relativ wenig. In den Jahren 1948–1950 wurden in den auswärtigen Dienst 155 Arbeiter „aus der Produktion“ sowie 140 „ehemalige Arbeiter“ bzw. Personen mit „Arbeiterherkunft“ aufgenommen – offensichtlich handelte es sich hier um ein Synonym für Parteikader, die ursprünglich Arbeiter gewesen waren, in den letzten Jahren jedoch in verschiedenen nichtproduktiven Berufen, besonders im Staats- und Parteiapparat tätig waren. Das konnte die Verluste jedoch nicht wettmachen.

Gewisse Hoffnungen wurden mit der „Diplomatischen Arbeiterschule“ verknüpft. Aber auch in diesem Fall blieb die Realität weit hinter den Erwartungen zurück. Die „Schule“

---

113 Vgl. Bericht der zentralen Überprüfungskommission für das Außenministerium, 3. 3. 1949, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/3, sv. 2, aj. 5 bzw. Gesamtbericht über die Ergebnisse der Tätigkeit der besonderen Überprüfungskommissionen, 21. 3. 1949, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 8, aj. 140. Ein Fall war noch nicht beendet.

114 Brief Londons an Slánský, 24. 1. 1950, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 59, aj. 463.

115 Svr., Aufzeichnung der Kaderabteilung des ZK-Sekretariats, 15. 10. 1949, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 18, aj. 303.

wurde im Juni 1949 beim Außenministerium als einjähriger Kurs eröffnet. Optimistisch vermutete man, daß aus ihm 1950 die ersten 110 Absolventen hervorgehen würden. In der Tat waren es nur 65.<sup>116</sup> Für das Jahr 1950 wurde geplant, zwei Klassen einzurichten. Aber schließlich wurden sie gar nicht eröffnet, weil untergeordnete KP-Organen, besonders die Bezirksausschüsse, die beauftragt worden waren, geeignete Kandidaten zu empfehlen, größtenteils problematische Vorschläge vorlegten. Schließlich wurde aus Verlegenheit zumindest ein sechsmonatiger „administrativer“ Kurs organisiert, dessen beste Absolventen in einer darauffolgenden ebenfalls sechsmonatigen Schulung auch für den diplomatischen Dienst qualifiziert werden sollten.<sup>117</sup> Der nächste Durchgang der „Diplomatischen Arbeiterschule“ sollte im April 1951 eröffnet werden, aber auch mit seiner Vorbereitung gab es Schwierigkeiten vorwiegend organisatorischer Art.<sup>118</sup>

Im Laufe des Jahres 1950 gelang es, die schlimmste Personalkrise zumindest in quantitativer Hinsicht teilweise zu überwinden: Anfang 1951 erreichte die Angestelltenzahl im Ressort ungefähr 1 000 – immer noch waren jedoch circa 350 Planstellen frei. Verschwitzte Kaderreferenten wischten ihre Stirnen ab und erklärten, sie würden nicht beabsichtigen, den Personalstand im Außenministerium „überstürzt“ zu ergänzen. Man sei an einer „Qualitätsauswahl“ interessiert und deshalb gebe man sich vorläufig mit dieser Zahl zufrieden. Der Preis dafür war – vom Standpunkt des Regimes her gesehen – nicht niedrig: Man mußte „alte“ Fachleute in Gnaden aufnehmen. Doch erhielten sie untergeordnete Stellen, wo sie unter „politischer Aufsicht“ arbeiten sollten.<sup>119</sup>

Die personalpolitische Konsolidierung des Ressorts wurde auch infolge der politischen Schauprozesse Anfang der 50er Jahre wesentlich verlangsamt, vor allem infolge des Prozesses gegen das sogenannte staatsfeindliche Zentrum unter der angeblichen Leitung des ehemaligen KP-Generalsekretärs Slánský. Von den Mitarbeitern des auswärtigen Dienstes saßen gemeinsam mit ihm auf der Anklagebank der ehemalige Außenminister Clementis, seine Stellvertreter London und Hajdú sowie der Leiter der internationalen Abteilung des ZK-Sekretariats, Geminder. In einem der Folgeprozesse wurde 1953 die Anklage gegen eine Gruppe hoher Ressortbeamter, an ihrer Spitze der Botschafter in Israel, Eduard Goldstücker, erhoben.<sup>120</sup> Im Allgemeinen warf die Anklage den Beschuldigten Spionage und die Vorbereitung einer Verschwörung vor, deren Ziel es gewesen sei, die volksdemokratische Ordnung zu stürzen. In außenpolitischer Hinsicht hätten sie die Beziehungen der Tschechoslowakei zur UdSSR „sabotiert“ und auf die Schwächung der internationalen Position Moskaus sowie

---

116 Ebd. bzw. Plan der Kaderarbeit im Außenministerium für das Jahr 1951, Anlage Nr. 4, 21. 12. 1950, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 59, aj. 463.

117 Vgl. Beschluß der sog. Fünfer-Kommission für das Außenministerium beim ZK der KPTsch, 1. 12. 1949, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/3, sv. 2, aj. 5.

118 Vgl. Aufzeichnung der Kaderabteilung des ZK-Sekretariats, 6. 2. 1951, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 6, aj. 85 bzw. Konzept des Briefes des ZK-Organisationssekretariats an die Bezirksausschüsse der KPTsch, 16. 3. 1951, in: ebd., sv. 59, aj. 463. Im Brief wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Bezirke bis dahin nicht die Aufgabe erfüllt hätten, „geeignete Genossen“ in die Arbeiterschule beim Außenministerium auszuwählen.

119 Vgl. Richtlinien für die Arbeit der Kadersektion im Ministerium, undat., in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 6, aj. 85.

120 Gemeinsam mit Goldstücker wurden P. Kavan (Presseattaché in London), K. Dufek (ursprünglich Vorsitzender der Grundorganisation der KPTsch im Außenministerium, später Botschafter in Ankara) und der Bruder von Slánský, Richard Slánský (charge d'affaires in Teheran, später in Warschau) angeklagt. Vgl. Rudé právo vom 27. 5. 1953.

auf die Orientierung der tschechoslowakischen Politik, des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens auf „imperialistische“ Staaten hingearbeitet.<sup>121</sup> Der Katalog der konkreten Beschuldigungen im Bereich des auswärtigen Dienstes war sehr umfangreich: Bei Clementis beispielsweise begann die Anklage mit seiner Tätigkeit als Staatssekretär in den Jahren 1945–1948. Gemeinsam mit Slánský wurde er für die angeblich ungenügende Säuberung im Außenministerium nach dem Februar 1948 verantwortlich gemacht, die der Hauptgrund dafür gewesen sei, daß mehrere Exponenten des „ehemaligen Regimes“ im diplomatischen Dienst bleiben konnten.<sup>122</sup> Nicht nur Clementis und Slánský, sondern auch andere hohe Funktionäre des Ministeriums sowie der zuständigen Parteiorgane, besonders der internationalen und Kaderabteilung des ZK, hätten das Ziel verfolgt, die Einsetzung von der Partei ergebenden Arbeiterkadern in leitende Stellen zu verhindern und hier eigene Anhänger unterzubringen, des öfteren „unzuverlässige Leute, die auf die Seite des Feindes übergingen“. Auch in diesem Fall nannte die Anklage mehrere hohe Beamte des Ressorts, für die damit zumindest ihre berufliche Karriere endete – schlimmere Folgen, wie etwa langjährige Haft, waren jedoch keine Ausnahme.<sup>123</sup>

Für den auswärtigen Dienst bedeuteten die Prozesse einen schweren Aderlaß, denn die Leute, die im direkten oder indirekten Zusammenhang mit den Prozessen freiwillig oder aus Zwang den auswärtigen Dienst verließen, waren nicht selten gebildete und erfahrene Mitarbeiter, die des öfteren mehrere Jahre im Ausland, und zwar auch im westlichen, gelebt hatten, die dieses Ausland gut kannten und hier über zahlreiche Kontakte verfügten. Die meisten von ihnen waren bereits vor dem Februar 1948 in den auswärtigen Dienst eingetreten oder spätestens kurz danach, und zum Zeitpunkt ihres politischen Sturzes gehörten sie zweifellos zur Elite der tschechoslowakischen kommunistischen Diplomatie.

#### 4. Der Aufbau des Systems der kommunistischen Kaderpolitik 1948–1952

Der Februar 1948 katapultierte die Personalpolitik in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der KPTsch. Wenn führende KP-Funktionäre bereits früher an ihrer Bedeutung keinen Zweifel gelassen hatten, sparten sie nunmehr nicht mit Superlativen: Die Kaderarbeit wurde als einer der wichtigsten und verantwortlichsten Bereiche der Parteiarbeit überhaupt bezeichnet, und im Prozeß der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft, für den die Partei eine

---

121 Vgl. Proces s vedením protistátního spikleneckého centra v čele s Rudolfem Slánským [Prozeß mit der Führung des staatsfeindlichen Zentrums an der Spitze mit Rudolf Slánský], Praha 1953, passim, besonders die Rede des Staatsanwalts, S.13–14, bzw. 23.

122 Ebd., S. 123.

123 Brief des ZK-Sekretariáts an Gottwald, 16. 3. 1950, in: SÚA, AÚV KSC, 100/24, sv. 103, aj. 1203. Diese Beschuldigung richtete sich vor allem gegen Clementis, London und Geminder, denen vorgeworfen wurde, die Kadermaterialien ihrer Günstlinge gefälscht zu haben. Einigen hätten sie sogar ermöglicht, ins Lager der tschechoslowakischen Emigration überzugehen. Slánskýs Mitarbeiter, u. a. der stellvertretende Leiter der Kaderabteilung des ZK-Sekretariáts, B. Hájek, hätten auch die Auswahl von Kandidaten für die „Diplomatische Arbeiterschule“ beim Außenministerium manipuliert und „Pseudoarbeiterelemente“ favorisiert. Vgl. Proces s vedením, S. 24–25. bzw. Aussage Geminders, S. 126, Aussage Clementis', S. 156–158, Aussage Londons, S. 189.

ausschließliche Verantwortung übernahm, wurde ihr eine strategische Bedeutung eingeräumt.<sup>124</sup> Sicher hing mit diesem gesteigerten Interesse für personalpolitische Fragen auch die Tatsache zusammen, daß die Partei von nun an den rechtlichen und organisatorischen Rahmen der Personalarbeit im Alleingang festlegen konnte. Der Weg zur monopolistischen Beherrschung des Staatsapparats und zu seiner Umgestaltung zum wichtigen formierenden Instrument der neuen Macht sowie zu einer ihrer bedeutendsten politischen und sozialen Stützen war offen. Gleichzeitig mußte aber die Kaderpolitik weit größeren Anforderungen als bislang entsprechen, denn praktisch von einem auf den anderen Tag wurde die Partei vor die Notwendigkeit gestellt, eine große Anzahl von politisch und ideologisch gefestigten und gleichzeitig auch fachlich gebildeten Kadern zu mobilisieren.

Die Aufgabe der Kaderpolitik in der Staats- und Wirtschaftsverwaltung war es, dafür Sorge zu tragen, daß alle leitenden und Schlüsselpositionen mit „politisch zuverlässigen, der volksdemokratischen Ordnung ergebenden und fachlich qualifizierten Mitarbeitern“ besetzt wurden.<sup>125</sup> Diese allgemeine Aufgabenstellung schloß an erster Stelle die Suche nach geeigneten Kandidaten und deren Auslese („Kaderauswahl“) ein, gegebenenfalls auch ihre zusätzliche ideologische sowie fachliche Schulung („Kadererziehung“) und die Lenkung von Kadern in die entsprechenden Positionen („Kaderförderung“ bzw. „Kaderverteilung“). Ein fester und unentbehrlicher Bestandteil der systematischen Kaderarbeit war auch die ständige Kontrolle von Kadern, die sich allerdings nicht nur auf die berufliche oder öffentliche Sphäre ihrer Tätigkeit, sondern auch auf ihr Privatleben erstreckte. Seit der kommunistischen Machtübernahme 1948 machte sich auch ein anderer Aspekt der Kaderarbeit immer deutlicher bemerkbar, nämlich ihre „schützende“ Funktion, die darin bestand, bei der Entfernung von „feindlichen Elementen“ aus der öffentlichen und staatlichen Verwaltung behilflich zu sein.<sup>126</sup> Diese Aufgabe schloß auch die Eliminierung von „konservativen“ Beamten ein, beispielsweise auf dem Wege ihrer Versetzung auf untergeordnete Stellen.<sup>127</sup>

Laut Vorstellungen der Partei sollte die Kaderpolitik nicht eine Kette von Reaktionen auf den plötzlichen Personalbedarf sein, sondern eine konzeptionelle Tätigkeit auf der Grundlage von Perspektivplänen. Diese sollten sich auf eine gründliche Analyse der vor auszusehenden Entwicklung der Struktur sowie der Aufgabenbereiche der einzelnen Staatsorgane stützen und der Ausgangspunkt zur Erfassung von sofort einsetzbaren „Kaderreserven“ sein. Die Aufstellung derartiger Perspektivpläne zeigte sich jedoch im Laufe der Zeit als problematisch: Noch Mitte der 60er Jahre blieb ein derartiger Perspektivplan des Kaderbedarfs beispielsweise im Bereich des Außenministeriums ein frommer Wunsch.

---

124 Vgl. Rede Gottwalds auf der Tagung des ZK der KPTsch am 17.–18. 11. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 01, sv. 5, aj. 20; Auszug in: Rudé právo vom 19. 11. 1948 bzw. Ladislav Kopriva, Kádrová politika KSČ [Die Kaderpolitik der KPTsch], in: Kádry rozhodují vše [Die Kader entscheiden alles], Praha 1949, S. 4. Kopriva war zu dieser Zeit Leiter der Kaderabteilung des ZK-Sekretariats.

125 Hinweise für die Untersuchung von Mitarbeitern im Staatsapparat, in Wirtschaftsbetrieben und anderen Institutionen, 24. 11. 1950, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 8, aj. 140.

126 Vgl. Rede Gottwalds auf dem 9. Parteitag der KPTsch am 25.–29. 5. 1949 in: Protokol 9. řádného sjezdu, S. 102f.; s. a. Hinweise für die Untersuchung von Mitarbeitern im Staatsapparat, in Wirtschaftsbetrieben und anderen Institutionen, 24. 11. 1950, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 8, aj. 140, bzw. Aleš Hanuš, Kádrové šetření pracovníků ve státním a hospodářském aparátě [Kaderuntersuchung von Mitarbeitern im Staats- und Wirtschaftsapparat], in: Funkcionář [Funktionär] 6 (1951), S. 184.

127 Vgl. Richtlinien für die Arbeit der Kadersektion im Ministerium, undat., in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 6, aj. 85.

Die neue Situation nach dem Februar 1948 erzwang die Herausbildung einer entsprechenden Organisationsstruktur der Kaderpolitik, besonders die Errichtung eines „dichten Netzes“ von Kaderreferenten bzw. ganzen Kaderabteilungen sowohl bei allen Organen der Partei als auch im Staats- und Wirtschaftsapparat. Die gesamte Kaderarbeit beruhte auf einem Konzept ihrer „möglichst breiten“ Dezentralisierung und gleichzeitigen Zentralisierung: Die Suche nach geeigneten Leuten sollte so weit wie möglich dezentralisiert werden, während die Entscheidung über Kadermaßnahmen an einigen Schaltstellen der Parteihierarchie je nach der Bedeutung der zu besetzenden Stellen zu konzentrieren war.<sup>128</sup> Innerhalb der Partei kam es in der Organisationsstruktur der Kaderarbeit zu keinen wesentlichen Neuerungen: Die bestehenden Kaderorgane wurden meistens zahlenmäßig gestärkt und auf den mittleren Ebenen der Parteihierarchie (Kreis, Bezirk) professionalisiert. Lediglich in den Grundorganisationen der Partei wurden spezielle Kaderorgane (sogenannte „Kader-Drei“) 1949 wieder aufgelöst bzw. die seit 1946 bestehenden Funktionen von Kaderreferenten mit der Begründung abgeschafft, die Kaderarbeit sei eine selbstverständliche Aufgabe aller leitenden Funktionäre der Grundorganisation.<sup>129</sup>

Der wichtigste Aspekt der Entwicklung der Kaderpolitik nach dem Februar 1948 war ihre gelenkte institutionelle „Expansion“ über die Parteigrenze hinaus. Im Sommer beschloß der KP-Vorstand die Bildung von besonderen Subjekten der Kaderarbeit im gesamten Staats- und Wirtschaftsapparat.<sup>130</sup> Es ging um keine Organe mit eigener Entscheidungsvollmacht, sondern im Grunde genommen um ein „Servicenet“, das den zuständigen Partei- und Staatsorganen die notwendigen Unterlagen für personalpolitische Entscheidungen liefern und diese Entscheidungen auch durchsetzen sollte.

In den Institutionen der zentralen Staatsverwaltung wurden im Sommer 1948 Kaderhauptabteilungen errichtet. Die Besetzung ihrer leitenden Positionen befand sich in der Kompetenz der zentralen Parteistellen, d. h. des Vorstandes der KPTsch bzw. des ZK-Sekretariats. Auch ihre Mitarbeiter sollten unter den „politisch reifen, der Partei ergebenen und zuverlässigen Parteimitgliedern“ ausgesucht werden.<sup>131</sup> Eine direkte Bindung an die Parteizentrale wurde außerdem auch dadurch sichergestellt, daß die grundsätzlichen Richtlinien für die Arbeit von den Kaderhauptabteilungen vom Zentralkomitee der Partei ausgingen; die Kaderorgane in den zentralen staatlichen Institutionen sollten außerdem im „ständigen Kontakt“ mit der Kaderabteilung des ZK-Sekretariats stehen und ihre Arbeit mit dieser koordinieren.<sup>132</sup>

Die Kaderhauptabteilungen bestanden in der Regel aus vier Abteilungen. An erster Stelle stand die Kaderabteilung, die für eigentliche Kaderarbeit zuständig und verantwortlich war. Ein weiterer wichtiger Bestandteil war das Kaderregister, das die durch die Kaderabteilung

---

128 Exposé „Zu Fragen der Kaderarbeit“, 8. 6. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 200, aj. 1275; Richtlinien für die Kaderarbeit in Bezirken und Kreisen, 10. 8. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 6, aj. 85.

129 Vgl. Aufzeichnung „Organisationsstruktur der Kaderkommissionen und -abteilungen“, 2. 6. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 200, aj. 1275 bzw. Exposé Koptivas „Die Aufgaben der Kaderpolitik der Partei“, Dezember 1949, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 6, aj. 80.

130 Vgl. Anweisung der ZK-Kaderabteilung „Beschluß des KP-Vorstandes über Organisation und Arbeit von Kaderabteilungen im Staatsapparat“, 6. 8. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 6, aj. 89.

131 Vgl. Richtlinien für die Arbeit der Kaderhauptabteilung im Ministerium, undat., in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 6, aj. 85.

132 Ebd.

oder durch andere Organe gewonnenen Personaldaten systematisch erfaßte. Diesem Aspekt der Tätigkeit der Kaderorgane in der Staatsverwaltung wurde eine besondere Bedeutung beigemessen. Im Juni 1948 führte man ein verbindliches System zur Erfassung von Kadern ein, das die Einheitlichkeit von Kaderunterlagen sowohl in inhaltlicher als auch in formeller Hinsicht sicherstellen sollte.<sup>133</sup> Das Ziel war, im Bedarfsfall eine schnelle Übergabe von möglichst komplexen Personalinformationen an die Nomenklaturorgane bzw. an die neue Wirkungsstätte des betreffenden Mitarbeiters oder an seinen neuen Dienstort zu gewährleisten. Der politisch-ideologischen sowie fachlichen Vorbereitung, der Weiterqualifizierung bzw. Requalifizierung von Kadern widmete sich die Schulungsabteilung als ein weiterer Bestandteil der Kaderhauptabteilung.<sup>134</sup> Relativ bald wurde ihr die ideologische Schulung auch des parteilosen Personals der zentralen Staatsverwaltung anvertraut. Somit übten die Schulungsabteilungen eine wichtige Funktion bei der ideologischen Beeinflussung außerhalb der KP-Mitgliederbasis aus. Schließlich fanden Personalabteilungen in den Bestand von Kaderhauptabteilungen Eingang, die die traditionelle Personalistik weiter betrieben.

Bei der Einführung des neuen Systems der Kaderarbeit traten anfänglich gewisse Kompetenzunklarheiten zwischen den KP-Grundorganisationen einerseits und den zuständigen Organen der Staatsverwaltung andererseits auf. Diese betrafen besonders die Amtsleiter der zentralen Behörden, die ausschließlich Kommunisten waren. Nach dem Februar 1948 neigten nämlich manche Grundorganisationen dazu, zum entscheidenden Organ der Kaderpolitik im Staatsapparat zu avancieren: Manche hätten sich in die Kompetenzen des Ministers eingemischt, eigenmächtig personalpolitische Entscheidungen getroffen und sogar den Minister zur Verantwortung gerufen.<sup>135</sup> Diese Praxis bezeichnete die Parteiführung als „durchaus falsch“. Offensichtlich befürchtete man einen weitgehenden Entzug ihrer Kompetenzen in den kaderpolitischen Angelegenheiten. Der Minister sei, lautete somit die entschiedene Schlußfolgerung, lediglich dem Zentralkomitee verantwortlich, das einzig ihm Aufgaben stellen sowie deren Erfüllung kontrollieren dürfe.<sup>136</sup> Die Grundorganisationen waren jedoch nicht ganz ausgeschaltet – nicht zufällig wurden ihre Vorsitzenden spätestens seit März 1950 durch das ZK-Sekretariat ernannt. Sie erhielten zumindest die Funktion einer eventuellen indirekten Kontrolle der Tätigkeit der Minister. Diese waren verpflichtet, mit den KP-Grundorganisationen „kameradschaftlich“ zusammenzuarbeiten, sie zu informieren sowie sich ihre Anregungen – u. a. im Bereich der Kaderarbeit – anzuhören. Erst wenn sie den

---

133 Vgl. Aufzeichnung „Die einheitliche Erfassung von Kadern“, 12. 6. 1948, in: SÚA, AÚV KSC, 100/1, sv. 200, aj. 1272. Über jeden „Kader“ wurde eine „Orientierungskarte“, die die grundlegenden Personaldaten enthielt, sowie eine Mappe geführt, in der die begleitenden Unterlagen aufbewahrt wurden (Lebenslauf, personeller Fragenbogen, Kaderbeachtungen verschiedener Provenienz, Fotografie sowie andere Materialien wie beispielsweise Presseauschnitte usw.). Das Kernstück der Dokumentation bildete die sogenannte „Kaderkarte“, in der aufgrund der ermittelten Informationen die endgültige Kaderbeurteilung formuliert wurde, einschließlich der in Frage kommenden Verwendbarkeit sowie der geplanten kaderpolitischen Weiterentwicklung des Betroffenen. Aus „Kaderkarten“ wurden Verzeichnisse von Kadern bzw. Kaderreserven zusammengestellt.

134 Vgl. Beschluß des ZK-Sekretariats über die Errichtung von Schulungsabteilungen für Kader in den einzelnen Ministerien, 15. 10. 1948, in: SÚA, AÚV KSC, 100/1, sv. 50, aj. 389.

135 Exposé „Über die Aufgaben der Grundorganisationen der Partei in den Ministerien und anderen Zentralämtern und -organen“, 28. 1. 1949, in: SÚA, AÚV KSC, 100/5, sv. 7, aj. 111 bzw. Richtlinien für die Arbeit der Kaderhauptabteilung im Ministerium, undat., in: ebd., sv. 6, aj. 85.

136 Exposé „Über die Aufgaben der Grundorganisationen der Partei in den Ministerien und anderen Zentralämtern und -organen“, 28. 1. 1949, in: SÚA, AÚV KSC, 100/5, sv. 7, aj. 111.

Hinweisen auf eventuelle Mängel und Unzulänglichkeiten nicht entsprochen hätten, durften sich die Grundorganisationen direkt an das ZK bzw. an dessen Sekretariat wenden.<sup>137</sup>

Bald tauchten auch im Verhältnis zwischen den parteiinternen und staatlichen Kaderorganen Probleme auf, deren Entstehung gewissermaßen auf den „menschlichen Faktor“ zurückzuführen war. Manche Kaderhauptabteilungen machten sich die Arbeit leichter – oder wälzten die Verantwortung möglicherweise ab. Sie wandten sich praktisch automatisch an Grundorganisationen bzw. Kaderorgane der Partei mit der Forderung, die politische Zuverlässigkeit auch derjenigen Mitarbeiter zu beurteilen, die keine KP-Mitglieder waren bzw. für unwichtige und politisch somit uninteressante Stellen vorgesehen waren.<sup>138</sup> Neben der Überflutung mit Routinearbeit, was Bedenken hinsichtlich der Gründlichkeit von durchgeführten Untersuchungen erweckte, drohte der Partei im globalen Maßstab auch ein anderes Risiko: Der Verlust des Informationsmonopols in den personalpolitischen Fragen. Denn in den Kaderorganen verschiedener Ämter, so merkte das ZK-Sekretariat kritisch an, würden Dokumente gesammelt, die der Partei und nicht diesen Behörden gehörten.<sup>139</sup> Darüber hinaus bestand ein begründeter Verdacht, daß Parteiose dank dieser Praxis in der Tat unzulänglich überprüft würden, weil die Parteiorgane über sie des öfteren keine ergiebigen Informationen besaßen. Im November 1950 ordnete das ZK-Sekretariat deswegen an, daß Kaderhauptabteilungen alle Mitarbeiter untersuchen mußten, deren politische und fachliche Eignung zu überprüfen war, abgesehen davon, ob es sich um Parteigenossen handelte oder nicht. Diese Untersuchung durfte nicht mit Hilfe des Parteiapparats erfolgen, sondern nur auf eigener Linie. Den Parteiorganen wurde sogar verboten, Kaderhauptabteilungen in der Staats- und Wirtschaftsverwaltung Kaderbeurteilungen auszuhändigen. Kaderorgane der Partei untersuchten von nun an nur diejenigen Mitarbeiter – und zwar nicht nur Parteimitglieder – die für Funktionen in Frage kamen, deren Besetzung sich die Partei vorbehalten. In diesen Fällen waren Kaderhauptabteilungen der staatlichen Institutionen verpflichtet, den zuständigen Parteiorganen die kompletten Kaderunterlagen des Betreffenden vorzulegen. Anhand dieser Unterlagen sowie eigener Untersuchungen bereite dann die Kaderabteilung des zuständigen Parteiorgans einen kaderpolitischen Vorschlag vor. Die Entscheidung des Kaderorgans wurde den „Genossen“ in der Leitung des jeweiligen Ministeriums bzw. der Staatsbehörde als eine Empfehlung übermittelt.<sup>140</sup> Durch die Brille der kommunistischen Disziplin gesehen, glich diese „Empfehlung“ einer Direktive.

In diesem Zusammenhang mußte die KPTSch auch ein internes Problem lösen, und zwar die Befugnisse einzelner Parteiorgane zu kaderpolitischen Entscheidungen in der Staats- und Wirtschaftsverwaltung festlegen. Dieses „Nomenklatursystem“ bildete sich in den Jahren 1948 bis 1952 heraus. Mitte 1948 wurde grundsätzlich beschlossen, daß die einzelnen Organisationsstufen der Partei „kaderpolitisch“ über diejenigen Funktionäre der Partei sowie leitende Funktionen im Staats- und Wirtschaftsapparat entscheiden, deren Bedeutung der Ebe-

---

137 Ebd.

138 Vgl. Aleš, Kádrové, S. 185.

139 Hinweise für die Untersuchung von Mitarbeitern im Staatsapparat, in Wirtschaftsbetrieben und anderen Institutionen, 24. 11. 1950, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/5, sv. 8, aj. 140.

140 Ebd., vgl. auch Aleš, Kádrové, S. 185–186 bzw. Redaktionsbemerkung: Organizace strany mohou vydávat kádrové posudky jen stranickým orgánům (Parteiorganisationen dürfen Kaderbeurteilungen nur Parteiorganen ausgeben), in: Funkcionář 6 (1951), S. 207.

ne des jeweiligen Organs entsprach.<sup>141</sup> Im Bereich der zentralen Staatsverwaltung entschied der KP-Parteivorstand über die Fälle von „grundlegender Wichtigkeit“ – ausdrücklich war von stellvertretenden Ministern sowie von Stellvertretern der Leiter der übrigen Zentralämter und im Bereich des Außenministeriums auch von Botschaftern und Gesandten die Rede. In „gewöhnlichen Fällen“ (Hauptabteilungschefs bzw. Leiter von Kabinetten der Minister, im auswärtigen Dienst auch Generalkonsuln und Konsuln) waren das Sekretariat bzw. seine Kaderabteilung (stellvertretende Hauptabteilungschefs, Abteilungsleiter, Mitglieder von Kabinetten der Minister, im Bereich des Außenministeriums auch Kultur- und Presseattaché sowie alle Beamten erster Klasse in den Auslandsvertretungen) zuständig.<sup>142</sup>

Auf die weitere Entwicklung des Nomenklatursystems hatte die Reorganisation der Zentralorgane der Partei Einfluß, zu der es im Herbst 1951 u. a. auch im Zusammenhang mit der Kritik an Slánský und seiner darauffolgenden Abberufung kam. Die Ursache für diese organisatorischen Veränderungen war, so zumindest die offizielle Begründung, die Unzufriedenheit mit der Kader- und Organisationsarbeit des Partei- und Staatsapparats, mit ihrer Unflexibilität und ihrem „Bürokratismus“.<sup>143</sup> Die Kaderabteilung des ZK-Sekretariats wurde aufgelöst, und seine personalpolitischen Aufgaben wurden den jeweiligen Fachabteilungen des Sekretariats übertragen, im Falle des auswärtigen Dienstes der Internationalen Abteilung. Die andere wichtige Änderung war die Aufteilung des ZK-Sekretariats in zwei Bereiche, in das Organisations- und in das Politische Sekretariat, von denen das zweitgenannte in den Jahren 1951–1954 das eigentliche Machtzentrum der Partei darstellte. Dieser Struktur entsprach auch die neue Kaderordnung, die das Politische Sekretariat im Februar 1952 billigte.<sup>144</sup> Das grundsätzlich Neue an ihr war jedoch nicht die Anpassung an den neuen organisatorischen Aufbau, sondern die Präzisierung der Nomenklaturkompetenzen der zentralen Parteistellen. Die leitenden Funktionen politischer Natur in der Staatsverwaltung (Minister und ihre Stellvertreter, im auswärtigen Dienst auch Botschafter und Gesandte) blieben weiterhin in der Kompetenz des Parteivorstandes; in der Tat jedoch bereitete eben das Politische Sekretariat die jeweiligen Vorschläge vor. Dieses bestätigte außerdem alle höchsten Beamten der Zentralämter (persönliche Sekretäre der Minister, Generalsekretäre der Ministerien, Hauptabteilungschefs, im Bereich des Außenministeriums auch den Chef des diplomatischen Protokolls, Generalkonsuln und Konsuln, Botschaftsräte der 1.–3. Klasse, Botschaftssekretäre und Attachés sowie den Direktor der „Zentralen Diplomatischen Schule“). Die Kompetenzen des Organisationssekretariats schlossen die übrigen leitenden Funktionen (Sekretäre von stellvertretenden Ministern, Leiter von Verwaltungen, Abteilungen und Referaten), außerdem auch Vorsitzende der KP-Grundorganisationen in Ministerien und Zentralämtern sowie Schüler der „Zentralen Diplomatischen Schule“ beim Außenministerium ein.<sup>145</sup>

---

141 Vgl. Richtlinie „Zuständigkeit für Kadereingriffe“, 9. 6. 1948, in: Kádrová nomenklatura KSČ 1948–1956. Sborník dokumentů. [Kadernomenklatur der KPTsch. Dokumentensammlung.] Kaplan, Karel (Hg.), Praha 1992, Dokument Nr. 1, S. 11–12.

142 Vgl. Anlage zur Richtlinie „Zuständigkeit für Kadereingriffe“, 12. 6. 1948, in: SÚA, AÚV KSČ, 100/1, sv. 200, aj. 1276.

143 Svr. Dějiny Komunistické strany Československa, S. 577–578.

144 Vgl. Kaderordnung der Organe des ZK der KPTsch für parteiliche, staatliche, wirtschaftliche, kulturelle Institutionen sowie gesellschaftliche Organisationen, 8. 2. 1952, in: Kádrová nomenklatura, Dokument Nr. 4, s. 24–110.

145 Vgl. ebd., S. 102–103.

Zur nächsten Änderung der Kaderordnung kam es im Jahre 1954. Der Anlaß dazu war wieder die Reorganisation der ZK-Organen; der Umfang der Nomenklaturfunktionen blieb im Grunde genommen derselbe.<sup>146</sup> Die Kompetenzen des einstigen Parteivorstandes sowie des aufgehobenen Politischen Sekretariats gingen zum größten Teil auf das neu geschaffene Politbüro über, die weniger wichtigen (im Bereich des auswärtigen Dienstes beispielsweise Hauptabteilungschefs, die keine Mitglieder des Minister-Kollegiums waren, oder Botschaftsräte aller Klassen) fielen an das ZK-Sekretariat. Zum neuen Nomenklaturorgan wurden die ZK-Fachabteilungen, die sich zu den jeweiligen Vorschlägen lediglich „äußerten“; ihre endgültige Billigung (beispielsweise Abteilungsleiter, Attachés) oblag dem zuständigen Minister. In den darauffolgenden Jahren machte sich die Tendenz bemerkbar, den Umfang der sich aus der Kaderordnung für die zentralen Parteistellen ergebenden Vollmachten, aber gleichzeitig auch Verpflichtungen, einigermaßen einzuschränken. Im Jahre 1954 billigten die ZK-Organen die Besetzung von 1 264 Funktionsrängen. Insgesamt mußten sie etwa 11 000 Vorschläge bearbeiten. Im Jahre 1961 beließen sich die betreffenden Zahlen auf 900 bzw. 9 600. Im Bereich des auswärtigen Dienstes zeigte sich jedoch eine umgekehrte Tendenz: Während die zentralen Parteiorgane 1954 die Besetzung von 15 Funktionen billigten, wofür sie insgesamt 386 Vorschläge bearbeiten mußten, waren es 1961 32 Funktionen und 1 567 Vorschläge. Das entsprach der gesamten Belegschaft des Ressorts, unter Einschluß der Referenten, des administrativen und technischen Personals.<sup>147</sup>

## 5. Zusammenfassung

Die Kaderpolitik der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei durchlief in den Jahren 1945 bis 1952 eine dynamische Entwicklung, in deren Folge sich ihr Stellenwert in der Strategie der Partei sowie ihre Bedeutung für den Sowjetisierungsprozeß der Tschechoslowakei überhaupt wesentlich veränderten. In den Zeitabschnitt nach 1945, in dem sie einen Anteil an der Staatsmacht gewann, trat die Partei mit einer ungenügend entwickelten Kaderpolitik ein. Sie war nicht mehr als eine weitgehend informelle Auswahl für die Parteifunktionen sowie ein Instrument zum Schutz der „Reinheit“ der Partei. In den politischen Auseinandersetzungen der Jahre 1945–1948 wurden sich die Kommunisten zwar der Bedeutung der Kaderpolitik für den politischen und ökonomischen Machtkampf sowie für die Realisierung ihrer gesellschaftlichen Umgestaltungspläne durchaus bewußt. Innerparteilich konnten neue Methoden der Kaderarbeit sowie ein neues Netz der kaderpolitischen Organe aufgebaut werden; wegen der politischen und rechtlichen Barrieren blieb jedoch die Kaderpolitik ein parteiinterner Prozeß mit relativ eingeschränkten Wirkungen außerhalb der Parteistrukturen.

Dies machte sich vor allem in der zentralen Staatsverwaltung deutlich bemerkbar, deren Beherrschung als wichtiges formierendes Instrument die Partei von anfang an anstrebte. Doch verfügte sie eher ausnahmsweise über Kandidaten, die den relativ hohen fachlichen Ansprüchen für den Eintritt in die höheren Positionen im Staatsdienst gerecht werden konn-

---

146 Vgl. Kaderordnung, gebilligt durch das ZK-Sekretariat am 24. 11. 1954, in: Kádřová nomenklatura, Dokument Nr. 11, S. 138–189.

147 Vgl. Neue Kaderordnung des ZK der KPTsch, gebilligt auf der Tagung des ZK-Politbüros am 17. 1. 1961, in: SÚA, AÚV KSC, 02/2, sv. 292, aj. 375.

ten. Um die Formulierung neuer diesbezüglicher Auswahlkriterien zu erwirken, war die Partei politisch immer noch nicht stark genug. Deshalb bemühte sie sich, die Staatsangestellten, besonders die Staatsbeamten, anzusprechen und sie im Sinne ihrer Politik zu beeinflussen. Zu diesem Zweck entwickelte sie eine spezifische Staatsangestelltenpolitik, die die unzureichende Wirksamkeit ihrer Kaderpolitik wettmachen sollte. Trotzdem verfügte die KPTsch bei dem entscheidenden Machtkonflikt Anfang 1948 lediglich über die teilweise Unterstützung der Staatsangestellten, kaum aber über die der Staatsbeamtschaft. Auf den Ausgang des politischen Kampfes nahm diese Tatsache jedoch so gut wie keinen Einfluß; für die Ergreifung der politischen Macht durch die kommunistische Partei war die Beherrschung des zentralen Staatsapparats keine unerläßliche Vorbedingung.

Nach dem Februar 1948 wurde die Kaderpolitik zum Hauptinstrument der Unterwerfung der Staatsverwaltung unter die neue Macht. Die Prinzipien der kommunistischen Personalpolitik wurden auch in diesem Bereich sofort geltend gemacht. Die Kaderarbeit war nicht mehr eine nur parteiinterne, sondern auch eine partei-staatliche Angelegenheit. Wie auf anderen Gebieten kam es auch in diesem Fall zu einer spezifischen Durchdringung von Partei und Staat: Die Staatsorgane handelten in Kaderfragen in scheinbar eigener Verantwortung, in grundlegenden Angelegenheiten behielt sich die kommunistische Partei das entscheidende Wort vor.

Die Säuberung nach dem Februar 1948 richtete sich in erster Linie gegen die lästigen Exponenten des alten Regimes, besonders gegen diejenigen, die leitende Positionen in der Staatsverwaltung innehatten. Sie nahm in der sozialen Zusammensetzung der Staatsbeamtschaft jedoch keine umwälzenden Veränderungen vor. Eine wesentliche Stärkung der sozialen und politischen Positionen der neuen Macht im Staatsapparat, einschließlich ihrer zentralen Organe, brachten erst die weiteren wellenartigen Eingriffe – wie die Parteiüberprüfungen und die Bemühungen um den Abbau der Zahl der Staatsangestellten – sowie die schrittweise Einführung des Nomenklatursystems unter dem Vorzeichen des sich verschärfenden Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus. Es ist bezeichnend, daß der Druck gegen die Mittelschichten, denen in diesem Zeitpunkt immer noch die Mehrheit der Staatsbeamtschaft angehörte, vom Standpunkt der inneren Sicherheit des neuen Regimes gesehen, grundsätzlich kaum auf einer rationalen Begründung basierte. Die Haltung des größten Teils der Staatsbeamtschaft im Jahre 1948 und auch danach war viel weniger durch Widerstand als durch dienstliche Loyalität, politische Passivität und Opportunismus gekennzeichnet.

Der einschüchternde Effekt der Säuberungen nach dem Februar 1948 war die eine Seite der Medaille. Zu der anderen gehört offenbar die Tatsache, daß die tschechoslowakische Staatsbeamtschaft als solche seit 1918, also innerhalb von dreißig Jahren, den vierten politischen Machtwechsel erlebte. Die aus dieser Tatsache herrührende Vorstellung, daß man auch diese „Wachablösung“ überstehen würde, weil kein Regime ohne die Staatsbeamtschaft auskommen könne, überwog offensichtlich. Zudem zeigte die kommunistische Partei den traditionellen Mittelschichten gegenüber, deren vor allem jüngere Generation relativ stark von den Ideen des sozialen Egalitarismus beeinflußt wurde, zunächst ein gewisses Entgegenkommen. Das Ausmaß der kommunistischen Umgestaltungspläne, die u. a. auch eine gezielte Umformung ganzer sozialer Gruppen einschloß, übertraf das herkömmliche Vorstellungsvermögen.

Nach dem Februar 1948 nahm die Partei den Aufbau eines allumfassenden Systems der Kaderpolitik rasch in Angriff. War die Kaderpolitik bis dahin trotz ihrer anerkannten Be-

deutung in der Tat nur eines der vielen Instrumente des politischen und sozialen Kampfes, wurde sie nach 1948 zum „entscheidenden Element des Herrschaftssystems“<sup>148</sup>, innerhalb dessen sie nicht nur eine grundsätzliche machtpolitische, sondern auch eine wichtige sozialstabilisierende Funktion ausübte; sie wurde zu einem der Hauptmerkmale der Sowjetisierung der tschechoslowakischen Gesellschaft und gleichzeitig zum Hauptinstrument der Weiterentwicklung des Sowjetisierungsprozesses.

---

148 Zimmermann, Überlegungen, S. 322.